

Ein Teil der Aktien der Dillinger Werke A.-G., die gegenwärtig unser größtes Panzerplattenwerk sind, ist in französische Hände. Die Geschäftsprache in der Generalversammlung ist die französische oder war es bis vor wenig Jahren. Mehrere Franzosen sitzen im Aufsichtsrat, bedienen ungeheurer Geld an der deutschen Panzerplattenfabrikation, an der Verteidigung von Mexiko und Straßburg, an der Vergrößerung der deutschen Flotte, an der deutschen Küstenbefestigung und erhalten gewissen Einfluß in unsere Landesverteidigung. Es sind dies die französischen Herren René de Sobet in Paris und Eugen IV. Comte v. Waldner-Freundstein, vormalig französischer Botschaftssekretär und französischer Leutnant der Reserve, dessen Sohn Eduard französischer Leutnant der Reserve des 10. Regiments Jäger zu Pferde ist, Chateau de Lohy, Département Alier, und in Paris.

In der deutschen Kadavropatriotenpresse ist es merkwürdig stille geworden nach diesen Enthüllungen, in derselben Presse, die gleich voll Enttäuschung losbricht, wenn die organisierte Arbeiterklasse ihrer Friedensliebe Ausdruck gibt. Es mag ja sein, daß ein Teil dieser Presse sich ehrlich dieses Zustandes schämt. Darf man sich aber wundern, wenn der eine oder der andere auf den Gedanken kommt, es möchten noch andere Einflüsse gewirkt haben, um mindestens einem Teil dieser Presse den großen Mund zu stopfen?

Interessant ist auch eine Zusammenstellung, die die Bergarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 15 bringt. Sie enthält die Namen von 80 ausländischen Kapitalisten, die soweit an deutschen Unternehmungen beteiligt sind, daß sie in der deutschen Bergwerks-, Güttens- und Maschinenindustrie oder in den für diese vornehmlich in Betracht kommenden Banken als Aufsichtsräte, Verwaltungsausschussmitglieder und dergleichen fungieren. Es sind folgende:

- A. Kringsen, Antwerpen; Baron Alfred Ancion, Lüttich; Maurice Anshand, Brüssel; Charles Baizer, Brüssel; von Beumingen, Utrecht; E. A. Blücher, Brüssel; Ed. Bitter, London; J. Bonnardel, Paris; Louis Brüll, Rotterdam; A. Buchler, Antwerpen; Jean Buffet, Nancy; Jules Carlier, Mons; Ed. de Cathe, Paris; Henri Chandelon, Lüttich; E. Delloye-Doban, Brüssel; E. Deloye-Fils, Brüssel; Paul Dietrich, Brüssel; G. Dufur, Brüssel; P. Elmendorff, London; G. Endemann, Luzern; G. Fabri, Brüssel; von Fentener, Utrecht; Feilchenfeld, Wien; G. Fischer, Antwerpen; R. Fleming, London; R. F. Heim, Utrecht; E. Segener, Brüssel; H. von Haas, Konstantinopel; Etienne Hech de Duffel, Paris; Flor Gerbel, Antwerpen; Dr. Walter Gihb, Crigglestone (England); Paul von Hongardt-Braconier, Lüttich; Hofmann-Laroché, Wien; Frederic Maria Josef Jatoos, Antwerpen; J. Jolas, London; E. Karbe, London; J. Kaulz, Brüssel; J. Keller, Paris; A. Ritter von Kerpel, Wien; W. Kastranek, Wien; Adolf Kroll, Augsburg; Richard Kuhlmann, London; Ad. Laloux, Lüttich; A. Lambert, Brüssel; G. de Labeuze, Brüssel; M. Leconte, Brüssel; Leon de Longue, Namur; Viktor Simon, Berviers; Otto Dürrmann, Antwerpen; Maurice Magerh, Namur; Ed. Majureur, Brüssel; Gellert Monnom, Brüssel; Ad. de Monpland, Paris; Joh. de Montpellier, Annabote; Leon Nauwelaers, Antwerpen; Alfons Neef-Orban, Brüssel; Arn. Ophoven, Lüttich; G. Le Paben, Translaw (Belgien); Heinrich Pelzer, Brüssel; Baron A. de Pitteurs-Stiergarts, Brüssel; Moritz Pelot-Damarche, Lüttich; H. Rapp, London; Henri Regnier-Duch, Lüttich; Joh. Ribard, Luxemburg; O. Roese, London; Rudolf Seidel, Eich a. d. Aisette in Luxemburg; Emilie Semais, Luxemburg; Vicomte Alfred Simons, Berviers; Graf Raal von der Straeten-Porzoy, Brüssel; E. Tjops, Antwerpen; Antoine Vanderborght, Graubühne; Ad. de Pauc, Yser; G. Bahrendorf, London; Baron de Waterville, Paris; Witt. Weil, Brüssel; Ed. Wiener, Brüssel; Sam. Wiener, Brüssel; J. Winkelmanna, London; Paul Würth, Luxemburg; J. Würth-Weiler, Luxemburg.

Dabei ist dies nur ein kleiner Teil der ausländischen Kapitalisten, die sich bemühen, den Schweiß deutscher Arbeiter in deutsche Marktdörfer umgewandelt einzuschleusen; wie viele außerdem noch als Aktionäre in Frage kommen, entzieht sich völlig der Kenntnis. Ferner sind vorliegend Namen aus Westeuropa genannt worden. Wer weiß, wie viele russische Kapitalisten außerdem noch auf dieselbe Weise in Deutschland Geld untergebracht haben und dadurch unter anderem auch von dem paupersistischen Pöbel profitieren, den der Reichsminister bei der Begründung der Wehrvorlage angerichtet hat. All diese Leute wahren in ihren „Waldläudern“ natürlich den eifrigen Patrioten, schimpfen wüthend, wenn sie gelegentlich einmal mürksicht auf die Deutschen. Der Kapitalismus ist international vertrieben und doch gebietet er sich je nach dem Lande, wo er sich befindet, „patriotisch“, bald deutsch, bald französisch, bald russisch, bald ja, bald ja, wie's trifft. Allerdings kann es dem deutschen Arbeiter schimpfen sein, ob das zu seiner Ausbeutung verwandte Kapital deutschen, französischen, englischen, russischen oder österrischen Ursprungs ist. Widerlich wirkt aber das Gehe der Geschäftspatrioten über die Befreiungen der organisierten Arbeiterklasse, solche unnatürlichen Zustände zu heiligen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geräume Zeit bereits charakterisiert sich die Lage der Eisenindustrie dadurch, daß die vorhandenen Auftragsbestände eine reichliche Beschäftigung sicherten, aber neue Bestellungen immer langsamer und spärlicher eingingen. Auf den Eisenmärkten führte nun das Bestreben, Lieferungen für spätere Zeiten zu bekommen, zu Preisrückgängen, und zwar bei den Produkten, die nicht der Preisbestimmung der großen Syndikate unterliegen. In schneller Folge sanken die belgischen Exportnotierungen, später schlossen sich ihnen auch die deutschen Inlandsnotierungen an. Belgische Exportpreise gelten gemeinhin als guter Gradmesser der internationalen Situation, denn die Eisen- und Stahlindustrie Belgiens ist für drei Viertel ihrer gesamten Erzeugung auf den Absatz im Auslande angewiesen. Eigentlich müßte die Erwartung des belgischen Generalstreiks, dessen längere Andauer eine erhebliche Einschränkung der montanindustriellen Produktion nach sich ziehen würde, preisfördernd wirken. Daß diese Wirkung, die sich auf dem Rohlenmarkt einstellte, zunächst ausblieb, beweist eine starke Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Von den belgischen Eisenwerken sind die Reduktionen der Exportpreise denn auch wiederholt mit billigeren Angeboten der deutschen Konkurrenz motiviert worden. Wie schon erwähnt, gaben auch die deutschen Exportpreise nach, an der düffelbacher Produktionsstätte stellten sich am 1. April die Preise bis um 3 M für die Tonne niedriger. Zum mehren sich auch die Meldungen von Preisunterbietungen der großen heimischen Werke in Rheinland-Westfalen, es wurden in den letzten Tagen Preise von 114 bis 115 M für die Tonne Stabeisen geordert, während anfangs dieses Jahres die Preise sich auf 124 M stellten. Auch die ermäßigten Preise gewähren eine sehr beträchtliche Rentabilität bei ausreichender Beschäftigung, doch die Tatsache der Ermäßigung beweist, daß die Lage augenblicklich kritisch ist. Entscheidend ist, ob nach der Eiderung eines bulgarisch-russischen Friedens die Kaufkraft stärker hervortritt, geschieht das nicht, dann ist der Weg zu einer Konjunkturabwärtigung vorhanden.

Daß in den letzten Wochen eine große Zurückhaltung für neue Aufträge geherrscht hat und nur kleine Aufträge, die nur zur Deckung des dringenden Bedarfs dienen konnten, eingelaufen sind, bezeugt die in der Generalversammlung der Eisenreichen Bergwerks-Aktiengesellschaft auch der Generaldirektor Kirdorf. Dabei lasse sich nicht verkennen, meinte er, daß nur die Lage der Politik und des Geldmarktes den ungewissen Bedarfs vorhanden Bedarfs zurückhielt. Seine persönliche Ansicht — und er neige eher dazu, die Dinge zu ungünstig, als etwa zu rosig zu betrachten — gehe dahin, daß, wenn die Politik wieder im Zeichen der Vernünftigkeit stehe und wenn der Geldstand wieder flüssiger wird, der ungewissen Bedarfs vorhanden Bedarfs sich doch wieder zeigen werde. Für das laufende Halbjahr sind die Werke von Eisenreichen vollständig beschäftigt, und zwar auch für die Artikel, auf die die neuen Aufträge augenblicklich langsamer einlaufen, und zu durchaus befriedigenden Preisen.

Am nächsten wird von der Abwärtigung des Eisenmarktes die österreichische Eisenindustrie betroffen, die österreichischen Eisenwerke sind nach Meldungen der Handelspresse bereits genötigt, Preisrückgaben einzulegen. Bloß in Hochofen wird zur Deckung des großen Rohisenbedarfs mit vollem Betrieb gearbeitet. Ungünstiger lauten die Berichte auch von den englischen Eisenmärkten, während im britischen Schiffbau Rekordzahlen zu verzeichnen sind. Die von Lloyd Register für das erste Vierteljahr 1913 veröffentlichte Statistik ergibt, daß, ohne Kriegsschiffe, 563 Schiffe mit 2 063 694 Statuten tonnen am 31. März in Großbritannien im Bau waren. Die Tonnage ist um ungefähr 94 000 Tonnen größer als Ende des letzten Quartals von 1912 und übertrifft die im März vorigen Jahres ausgemessene um circa 377 000 Tonnen.

Unter den deutschen Schiffswerken haben die Howaldtswerke, wie wir mitteilen, mit Willkürerzinsen für 1912 abgeschlossen. Daß in dem Unternehmen schwere Rückschläge vorzuliegen sein müssen, haben wir gleichfalls schon herab. Ganz unmöglich ist der Versuch der Verwirklichung, die Ausfälle im wesentlichen auf höhere Rohmaterialpreise und Erhöhung der Löhne zurückzuführen. Für die zahlreichen Verhältnisse bei den Howaldtswerken tragen andere Ursachen die Schuld. Von der Kölnischen Volks-Zeitung wird nachgewiesen, daß die Brown Boveri Gruppe auf Grund einer Aktienmajorität einen Einfluß auf die innere Verwaltung der Howaldtswerke ausübt, der dem Unternehmen nicht zum Vorteil gereichte. Es ist bekannt, daß vor etwa vier Jahren die der Gruppe Brown Boveri gehörige Turbina, Deutsche Parions-Marine-A.-G. in Berlin, 3 Millionen Mark Vor-

zugsaktien der Howaldtswerke unter der Bedingung übernahm, daß die Turbina-Gesellschaft als alleinige Lieferantin für Schiffsturbinen in Betracht komme. Die Turbina-Gesellschaft wollte auf diesem Wege ihrem Turbinen-Einkauf den deutschen Kriegsmarine verschaffen. Da die von der Turbina übernommenen 3 Millionen Mark Vorzugsaktien doppelt so viel wert waren, so war sie in der Lage, entscheidenden Einfluß bei der Gesellschaft dahin auszuüben, die technische wie die kaufmännische Leitung der Howaldtswerke maßgebend in ihrem Interesse zu beeinflussen. Nur so ist die sonst ganz unfassbare Handlungsweise der Gesellschaft erklärlich, Aufträge auf Kriegsturbinen zu übernehmen, bei denen von vornherein feststand, daß sie für die Wertverluste brachten. Bei der Übernahme dieser Aufträge spielte eben der Wunsch der Turbina-Gesellschaft die Hauptrolle, für ihr Parions-Turbinensystem Verwendung zu finden. Solange natürlich verschiedene Interessen bei einem Unternehmen zur Geltung gebracht werden sollen, kann auch keine Rentabilität erzielt werden, und es wird Aufgabe der Sanierung sein, zunächst hier Wandel zu schaffen.

Wie die kartellierte Großindustrie ihre Erträge über das offene erkennbare Maß hinaus erzielt, zeigen von neuem die Enthüllungen des Vortrags über den geheimen Marine-Verständigung des Vorkonzerns. Die an diesem Konzern beteiligten Werke haben, wenn eine Werk sich an eines oder mehrere der beteiligten Unternehmen mit der Anfrage wendet, ob, wann und zu welchem Preise sie die gewünschten Materialen liefern können, einen sogenannten Auftragszettel auszufüllen und diesen nach Dortmund zu schicken. In Dortmund befindet sich die Zentralfirma des geheimen Marine-Verständigungskonzerns, dessen Leiter G. Uthel, früher einer der Direktoren der Union (Eisen- und Stahlwerke) in Dortmund, ist. Von der Geschäftsstelle in Dortmund werden dann die betreffenden Werke unterrichtet, welche Meldungen eingegangen sind, und diese Werke können nun direkt oder über die Geschäftsstelle miteinander verhandeln, wie sie ihre Offerten gestalten und welche Preisforderungen sie stellen wollen. Ist eine Verständigung erzielt, so reichen die betreffenden Werke ihre Offerten bei der Werk ein, und zugleich senden sie eine „Offertmeldung“ nach Dortmund, auf der die Größe und der Preis der Offerte genau angegeben wird. Erhält das eine der beteiligten Werke den Auftrag, so wird ein dritter Meldezettel mit genauer Angabe der erhaltenen Bestellung an Direktor Guthel in Dortmund geschickt, damit dieser die konkurrierenden Werke informieren kann. Kommen die bestellten Schiffbaumaterialien zum Versand, so schickt wiederum das betreffende Werk eine Meldung mit Fakturenkopie an die Dortmunder Geschäftsstelle. Angehängt ist solcher Meldung ein Abrechnungsformular, das von der Geschäftsstelle ausgefüllt, gebucht und zur Kontrolle zurückgegeben wird. Von dem Nettobetrag, den die erhaltenen Bestellungen ausmacht, müssen dann 10 Prozent an den Verständigungskonzern gezahlt werden. Davon wird ein Zehntel zur Deckung der Unkosten abgezogen. Die übrigen neun Zehntel kommen zur Verteilung an die anderen konkurrierenden Werke, die leer ausgegangen sind.

Um sich gegen derartige Ausplünderungen zu schützen, fehlt es den Staatsverwaltungen an Mitteln nicht, es bedarf nur des Hinweises auf ein Urteil des Reichsgerichts, in dem es ausgesprochen, daß Vereinbarungen, die zwischen Konkurrenten aus Anlaß ihrer Beteiligung an einer Ausschreibung abgeschlossen werden, dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn der Zweck der Vereinbarung auf Ausschreibung des die Ausschreibung veranlassenden Unternehmers gerichtet ist. Auf die Rückzahlung der Summen, die dem Geheimartikel aus den Abgaben der einzelnen Werke zufließen, nachdem die Offerten strikt worden wären, hätten die Abnehmer danach einen Rückzahlungsanspruch. Mit Sicherheit ist damit zu rechnen, daß noch mehrere solche Geheimartikel bestehen. Vor einigen Monaten machten wir auf Mitteilungen aufmerksam, nach denen Unternehmungen, die horehmlich mit Staatslieferungen beschäftigt sind, einen engeren Zusammenschluß planten, um eine Steigerung der Preise herbeizuführen. Es wäre Aufgabe der Regierungen, über die Geheimverbindungen der Staatslieferanten sofort eingehende Untersuchungen anzustellen, das Entsprechen der Aufgabe und der Würde des Staates mehr, als die Schikanierung von Arbeiterorganisationen und die Drangsalierung von Bürgern, die das Recht beanspruchen, ihre Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Organisationen sich nicht von irgend einer Behörde vorzeichnen zu lassen.

Wie ganz grundlos das Kapital oft über unzureichende Preise klagt, zeigt auch der Geschäftsbericht der Telegraphenwerke C. Lorenz, A.-G. Nach Abschreibungen von 254 420 M (im Vorjahr 227 337 M) wird ein Ueberschuß von 394 253 M ausge-

Die Internationale Baufach-Ausstellung zu Leipzig.

Das Jahr 1913 wird für Deutschland ein Jahr patriotischer Aufregung werden, in Leipzig aber will man den Patriotismus ganz besonders Opfer bringen. Die Hundertjahrfeier des großen Vaterlandens bei Leipzig soll gleichzeitig Gelegenheit bieten, eine Reihe patriotischer Feste zu veranstalten und selbst unpatristische Ereignisse mit patriotischer Würde zu überdecken.

De ist am 18. Oktober die Einweihung des Salkerschlachdenmals geplant, genau 13 Jahre nach der Grundsteinlegung. Das wird sich natürlich zu einem hochpatriotischen Akt gestalten, wenn auch nicht alle die, deren Gedächtnis hierzu verwendet worden sind, in Vergessenheit geraten werden. Aus dem allgemeinen Sinnestitel sind nämlich, gegen den Willen einer beträchtlichen Anzahl Einzelgänger, ganz erhebliche Mittel für dieses Denkmal angewendet worden. Eine Million ungefähr ist das Gelände wert, das die Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, 10 000 M betrug bisher der jährliche pächterliche Beitrag zur Verpflegung des Denkmals. Für Straßen, Schleusen und Kanalanlagen, die später freilich auch ohne das Denkmal, aber dann sehr wesentlich billiger angelegt werden können, sind jetzt reichlich über eine halbe Million Mark von der Stadt angewendet worden. Und man kann nicht sagen, daß das die einzigen und letzten Opfer der Stadt seien.

Im Juli wird in Leipzig das 12. hundertjährige Jubiläum eines großen Bauers abgehalten. Man hat dieses Jubiläum ebenfalls mit dem patriotischen Ereignis des Jahres 1913 in Verbindung gebracht. Die Leipziger Straßengüter wegen für diese Ehre nicht geringe Opfer bringen. Die Stadt liefert einen Festbeitrag von 50 000 M, ferner eine Ehrenbürgerliste von weiteren 50 000 M und werden außerdem noch 70 000 M für Straßen- und Platzverbreiterungen auf.

Dann wird es großer Flugplatz mit einer riesigen Aufschrift alle einzuweihen werden, wobei es ohne das übliche patriotische Gedränge nicht möglich sein wird. Der Stadt liefert das benötigte Material der unerschöpflichen Menge eines 200 Meter großen Platzes 150 000 M für Verpflegung und Einweihung des Platzes, 30 000 M Einweihung an die ehemaligen Pächter des Platzes und 20 000 M jährliche Beitrag an die Flugplatz-Verwaltung.

Der neue Leipziger Hauptbahnhof hat sich ganz nicht durch die patriotischen Ereignisse des Jahres in Vergessenheit bringen, er hat sich eine gute Platzverteilung, in seinem

Samptliche ist er schon im vorigen Jahre dem Betriebe übergeben worden und er wird in seiner Gesamtlänge erst in einigen Jahren fertig. Aber dennoch steht seine Eröffnung indirekt mit den diesjährigen bedeutenden Ereignissen in Verbindung, weil erst dadurch die Gedächtnisfeier geschaffen ist, daß, wie der Leipziger Oberbürgermeister in seiner Rede sagte, die Bahnhofsanlagen dem Vorkriegsstand entsprechen bei den diesjährigen Veranstaltungen gemacht sein werden. Hoffentlich ist es mit den Unternehmungen ähnlich so. Denn daß der Zustand der Freunde nach Leipzig in diesem Jahre ein ganz gewaltiger sein wird, darüber besteht nicht der geringste Zweifel.

In den genannten Veranstaltungen kommt nun noch die Internationale Ausstellung für Bau- und Wohnungswesen mit Sonderausstellungen. Man hofft natürlich auf eine große Besucherzahl. Aber auch die Zahl der aus Anlaß dieser Ausstellung in Anspruch genommenen Kongresse ist enorm. Und solche Ereignisse machen verhältnismäßig Begrüßungen, Besichtigungen, Schenkungen der Stadt und sonstige Veranstaltungen nötig, sie verdrängen den Stadtbürgermeister Ruhe und kosten der Stadt viel Geld. Dazu kommt, daß im Jahre 1914 eine Internationale Ausstellung für Angewandte Kunst und Gewerbe in Leipzig stattfinden wird und sich Mühe und Kosten wiederholen werden. Zur Veranschaulichung haben deshalb die pächterlichen Körperschaften einen besonderen Stadtbürgermeister gebildet, der über Art und Umfang der einzelnen Festlichkeiten und über die hierfür nötigen Gelder Bescheid zu treffen hat. Zur Förderung der Kongresse und sonstigen Veranstaltungen ist von dem Stadtbürgermeister ein Berechnungsbudget von 100 000 M und außerdem die Summe von 75 000 M zur Verfügung einer Festkommission bewilligt worden.

Daß die Internationale Baufach-Ausstellung als patriotische Veranstaltung gelten kann, wird sich nicht bestreiten lassen, auch nicht aus dem Grunde, daß sie im Jahre 1913 in Leipzig zwischen einer Reihe patriotischer Veranstaltungen stattfindet. Rein äußerlich freilich werden unsere Patrioten Gelegenheit genug finden, auch auf der Ausstellung ihre patriotische Begeisterung zum Ausdruck zu bringen. Bisher war die Ausstellungslage aber lang genug, sich nicht vom patriotischen Lärm fortziehen, sondern von anderen geschäftsmäßigen Ereignissen leiten zu lassen. Die Schwierigkeit der Vorbereitung und Durchführung des Platzes, die große Verantwortung für die letzten Besorgnisse und das Wissen einer solchen rein wirtschaftlichen Veranstaltung herüber und weiterhin haben bringen, daß geschäftsmäßige Erwägungen und die Hoffnung auf ein Gelingen der Ausstellung und auf praktischen Erfolg auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens oberhand bleiben.

Neuerdings scheint man dazu überzugehen, an Stelle allgemeiner Bauausstellungen Spezialausstellungen zu veranstalten. Der Erfolg der Dresdener Hygiene-Ausstellung ermuntert zu weiteren derartigen Bestrebungen. Auf die gegenwärtige Baufach-Ausstellung deutet aber noch ein anderer Umstand hin. Bereits im Jahre 1909 war, allerdings in wesentlich kleinerem Maße, in Leipzig eine Bauarchitektur-ausstellung veranstaltet worden und der Erfolg war herab, daß in den beteiligten Fachkreisen der Gedanke entstand, Baufach-Ausstellungen als ständige Ausstellungen für Leipzig zu schaffen. Zunächst wollte man aber unter Erweiterung des Zieles der Bauarchitektur-ausstellung eine Internationale Baufach-Ausstellung, verbunden mit einer Ausstellung für Wohnungshygiene und Wohnungsausstattung veranstalten. Eine Grundlage für das Ausstellungsunternehmen war bald geschaffen und so trat man anfangs des Jahres 1910 mit einem Gesuch um städtische Unterstützung, besonders um Ueberlassung eines geeigneten Ausstellungsplatzes an die Stadt heran. Stadtrat und Stadtvorstande stellten im September 1910 auch einen rund 225 000 Quadratmeter großen Platz unentgeltlich zur Verfügung und bewilligten außerdem 100 000 M als Garantiesumme, 50 000 M für Herstellung von Straßen und 46 000 M zum Bau einer Brücke, die die beiden, von der Berlin-Göpper Eisenbahn durchschnittenen Teile des Ausstellungsgebietes verbindet. Nachdem im Herbst 1911 die Ausstellungsleitung das Gelände zur Benutzung übertriefen erhalten hatte, stellte sich bereits heraus, daß die Fläche nicht ausreichte. Es wurden deshalb weitere 160 000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt, demnach zusammen 385 000 Quadratmeter.

Seitdem ist tüchtig auf dem Ausstellungsgebiete gearbeitet worden. Bald entstand ein imposantes Verwaltungsgebäude und dahinter auf dem Plage wuchsen nach und nach die verschiedenen Ausstellungsgelände empor, Straßen wurden angelegt, Schmuckanlagen hergerichtet. Ein bis vor kurzem eintönig erscheinendes Ackerfeld ist von zum Teil mächtigen und kunstvollen Bauten überfüllt, deren Dächer und Türme sich schon von einiger Entfernung aus zeigen und manne die bevorstehende Eröffnung der Ausstellung ankündigen.

Zweck der Internationalen Baufach-Ausstellung soll sein: „Erhellung und Erhöhung vor aller Welt Zeugnis über die gemaltigen Fortschritte auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens abzulegen; sie soll ein klares Bild des gesamten Bau- und Wohnungswesens in seiner wissenschaftlich-künstlerischen, wie sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung den weitesten Völkern geben“. Die Umwandlung von Ackerfeldern in reichlichen Maße erfolgt. Aus allen Erdteilen liegen Anmeldungen von Privaten, Städten und Staaten vor und seit längerer Zeit schon zeigt sich, daß, wenn allen Wünschen Rechnung

wiesen gegen 346 405 M. im Vorjahre. Die Dividende kommt wieder in Höhe von 20 Prozent zur Verteilung. Alle Anlagekonten mit Ausnahme der Maschinen, die mit 65 000 M. gegen 85 000 M. figurieren, sind in der Bilanz bis auf 1 M. abgeschrieben. Über ungünstige Verkaufspreise klagt die Gesellschaft doch. — Eine Erhöhung der Dividende von 10 auf 12 Prozent nimmt die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Unterföhrheim vor. Für das Jahr 1912 ist einschließlich 385 687 M. (im Vorjahre 313 908) Vortrag ein Reingewinn von 2 862 442 M. (im Vorjahre 2 293 036) bezeichnet. Nach Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent) sollen 685 358 M. (416 654) zu außerordentlichen Abschreibungen neben 519 024 M. (792 323) ordentlichen Abschreibungen verwendet werden. Ferner sollen den außerordentlichen Reserven 500 000 M. (300 000) überwiesen werden. Nach Dotierung der Unterstützungsfonds werden 502 948 M. vorgezogen. — Von 6 auf 8 Prozent steigert die Deutsche Maschinenfabrik Duisburg die Dividende für 1912, die A.-G. Gebr. Körting, Apparatebauanstalt in Hannover-Linden, verteilt wieder eine Dividende von 8 Prozent. — Eine Dividende von 10 gegen 7 Prozent im Vorjahre kann die A.-G. Hein, Lehmann & Co. (Eisenkonstruktionen) in Berlin und Düsseldorf verteilen. — Die Maschinenfabrik Wudau, A.-G., schlägt bei reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 6 Prozent auf beide Aktienkategorien vor, während für 1911 nur die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende erhielten, die Stammaktien aber leer ausgingen. — Zu einer Steigerung der Dividende von 6 auf 7 Prozent sind auch die Metallwerke, A.-G., vormals Luckau & Steffen in der Lage, die A.-G. Reiß & Martin, Werkzeugmaschinenfabrik in Berlin, verteilt 6 Prozent, die gleiche Dividende wie im Vorjahre.

Erhöhungen der Dividenden sind ferner zu verzeichnen bei dem Ottensener Eisenwerk, das 6 Prozent Dividende gegen 5 Prozent im Vorjahre ausschüttet, bei dem Stahlwerk Krieger in Düsseldorf, dessen Aktienmehrheit die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik besitzt, und das 7 gegen 5 1/2 Prozent Dividende verteilt, bei der Düsseldorf-Rainger Rohrblechfabrik, die die Dividende von 6 1/2 auf 8 Prozent erhöht.

Produktion und Teuerung.

III.

K. Als im Laufe der vergangenen Jahre die Entziehungskosten für Industrieerzeugnisse fortwährend zurückgingen, während trotzdem die Warenpreise stiegen, löste diese Entwicklung merkwürdigerweise keine Klagen über eine Teuerung aus. Dieser Umstand findet wohl seine Erklärung im gleichzeitigen Sinken der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, oder doch im Beharren derselben bei steigenden Löhnen. Nachdem indessen auch bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, durch die Zollpolitik des Deutschen Reiches begünstigt, eine scharfe Aufwärtsbewegung des Preises einsetzte, wurde die Verteuerung doppelt fühlbar. Das erscheint uns so begründlicher, weil besonders die Ernährung den größten Teil des Arbeiterverdienens verschlingt und weil jegliche Verteuerung auf diesem Gebiete zu höchst fühlbaren Einschränkungen der ohnehin knappen Rationen zwingt. Welchen erschreckenden Umfang dieser Verzicht bereits angenommen hat, darüber geben gelegentliche Notizen in der Arbeiterpresse Aufschluß. An der Hand amtlicher Zahlen aus den Jahrbüchern der Städte Dresden und Nürnberg wollen wir zu diesem Kapitel ein wenig beitragen. Danach ging in Dresden in der Zeit von 1890 bis 1910 der Verbrauch an Brotgetreide pro Kopf von 123 auf 105 Kilogramm zurück, während der Fleischverbrauch von 72 auf 87 Kilogramm gestiegen ist. Um zu wissen, auf welchen Kosten die Einschränkung erfolgt ist, sei darauf hingewiesen, daß sich der Weizen- und Getreidekonsum nur von 3,90 auf 3,52 Kilogramm verminderte. In Nürnberg sank von 1891 bis 1909 der Weizenverbrauch pro Kopf von 112 auf 100 Kilogramm und die verbrauchte Fleischmenge von 67 auf 54 Kilogramm. Daß angeführte Zahlen der Tat, etwas weniger gut zu leben, von den Arbeitern als blauer Hohn empfunden werden muß, ist nur zu erklärlich, und daß fortgesetzte Preissteigerungen eine gewaltige Erbitterung auslösen müssen, versteht sich am Rande.

Indessen sollte man vermeiden, blindlings zu urteilen, sondern versuchen, die Ursachen und Folgen der Preissteigerungen zu ergreifen. Kenntnis dieser Umstände vermittelt dann auch Einsicht über den Weg zu ihrer Beseitigung. Kann man die vollenbrennenden Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit erhöhten Entziehungskosten begründen? Wenn ja, dann wäre die Preissteigerung zum mindesten verständlich, wenn auch in solchem

getragen werden sollte, ein noch weit größeres Gelände hätte beschafft werden müssen. Bietet sich gerade aber die notwendig gewordene Beschränkung der Ausstellung eher zum Vorteil als zum Nachteil.

Unter den Ausstellern befinden sich auch die deutschen Gewerkschaften, soweit sie aus Bauarbeitern bestehen. (Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird dort vertreten sein. Red. der A.-Z.) Es ist abgesehen von den Steinsektoren, das erstmal, daß sich die Gewerkschaften an einer Weltausstellung beteiligen. Große Begeisterung war zwar diesmal nicht bei allen in Frage kommenden Organisationen vorhanden. Die Verhandlung der Gewerkschaften gelegentlich der Hygieneausstellung in Dresden wirkte nach noch und tief die lebhaftesten Bedenken wach. Aber die Ausstellungslösung zerstreute schließlich alle diese Bedenken und ließ deutlich erkennen, daß ihr nicht wenig daran gelegen war, die deutschen Gewerkschaften zu den Ausstellern auf der Weltausstellung zählen zu können. Bei den Leitungen der Bauarbeiterorganisationen gewann die Meinung die Oberhand, daß der Bauarbeiter sich, der einen wichtigen Bestandteil des Bauwesens überhaupt bildet, auch auf einer Internationalen Bauausstellung als wichtiges Ausstellungsobjekt dienen kann. Die Größe der gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Entwicklung zu einem Kulturfaktor ließen es angezeigt erscheinen, sich gebührend in den Vordergrund zu stellen und den gewerkschaftlichen Wünschen und Forderungen nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten den nötigen Nachdruck zu verschaffen. So kam der Beschluß für eine Beteiligung an der Ausstellung zustande. Im September 1912 wurde dann beschlossen, auf dem Ausstellungsgelände ein eigenes Gebäude in eigener Regie aufzuführen, um an und in ihm den Bauarbeiterstand, wie ihn die Arbeiterklasse fordert, zur Darstellung zu bringen. Wenn dieser Umstand nicht ein erhöhtes Interesse an der Ausstellung auch in Arbeiterkreisen hervorgerufen und es ist zu erwarten, daß die Leitung der Ausstellung auch bezüglich der Besuchsmöglichkeit der Arbeiterklasse entgegenkommen wird.

In den letzten Wochen der Eröffnung der Ausstellung wird mit Hochdruck gearbeitet, um die letzten Arbeiten fertigzustellen. Ob das in jeder Beziehung gelingen wird, scheint allerdings sehr fraglich. Aber schon bisher sind manche Ausstellungsstände so überraschend schnell entstanden, es hat von Tag zu Tag so viel Veränderungen und Umwälzungen auf dem Ausstellungsgelände gegeben, daß man sich nicht absehe, zu dem Ausstellungsorte zu kommen, wenn die Eröffnungstag die noch in der Hauptsache gelagerten Werke der Eröffnungstag, der 3. Okt., wird hierüber Gewißheit bringen.

Falle bestritten werden müßte, daß dann der Staat das Recht hat, die Grenzen gegen billigere Nahrungsmittel zu sperren. Die gewöhnliche Frage beantwortet, heißt jedoch nicht mehr und nicht weniger als enthüllen, daß aber auch gar kein Grund für eine Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel für die Ernährung vorliegt. Man kann den schließlichen Beweis für diese Behauptung ziemlich einwandfrei, nach amtlichem Material und mit den Ausführungen der angesehensten Wissenschaftler führen.

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 schätzte Professor Dr. K. Ballod in seinem Referat über die Produktivität in der Landwirtschaft die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsmenge seit Ende der dreißiger Jahre auf mindestens 66 Prozent. Diese Mengenzunahme wurde erreicht trotz Abnahme der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, die von 18,7 Millionen 1882 auf 16,9 Millionen im Jahre 1907 zurückging. Neben der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist aber auch ein ganz bedeutender Rückgang der landwirtschaftlich benutzten Fläche zu verzeichnen. Diese verminderte sich von 36,7 Millionen Hektar im Jahre 1878 auf 31,8 Millionen Hektar im Jahre 1907. Eine um zwei Millionen geringere Volkszahl erzeugte auf einer 5 Millionen Hektar kleineren Fläche 66 Prozent mehr Gebrauchsgüter. Was kann deutlicher für ein Sinken der Entziehungskosten landwirtschaftlicher Produkte sprechen? Indessen sind die Preise gestiegen! Man mag umfangreiche Bodenverbesserungen annehmen, es werden sicherlich auch erhöhte Aufwendungen für Ackerbestellung und Maschinen nebst Bau von Wirtschaftsgebäuden gemacht worden sein; aber alle diese produktionsvermehrnden Maßnahmen sind mindestens ausgleichend worden durch eine außerordentlich gesteigerte Fruchtbarkeit. Diese ließe sich jedoch bei entsprechender Bewirtschaftung noch um viel mehr erhöhen. Zweifellos hat die scharfe Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte zu einer geradezu hervorragenden Rentabilität besonders der Betriebe geführt, die rationell bewirtschaftet werden. Allgemein verwünschten keine Besitzer heute ihre Kurzsichtigkeit, die sie vor noch kaum zehn Jahren Parzellen verkaufen ließ.

Versuchen wir, die landwirtschaftliche Rentabilität zahlenmäßig zu erfassen, wobei vorsichtigerweise eher zu niedrig als zu hoch gegriffen werden soll. Die wiedergegebenen Zahlen entstammen Professor Brentanos Schrift über die deutschen Getreidepreise und dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Danach ergibt sich folgende Zusammenfassung:

Getreideart	Durchschnittlicher Ertrag pro Hektar in Doppelhectaren		Preis pro Doppelhectar in Mark (Notierung: Berlin, bei Getreide-Märkten)	
	1882/91	1908/11	1885	1909
Roggen . . .	11,62	17,4	14,06	17,65
Weizen . . .	14,87	20,2	16,09	23,89
Gerste . . .	15,76	19,6	16,22	19,79
Hafers . . .	14,14	18,8	13,42	17,00

Man multipliziert nun den Durchschnittsertrag 1882 bis 1891 mit dem Preis 1885 und ebenso den Ertrag 1908 bis 1911 mit dem Preis 1909 und man bekommt den Wert des Sekterertrages in Mark. Die Steigerung des Ertrages beträgt seit reichlich zwanzig Jahren bei Roggen rund 143 M. gleich 88 Prozent, bei Weizen 239 M. gleich 97 Prozent, bei Gerste 132 M. gleich 52 Prozent und bei Hafer 129 M. gleich 68 Prozent. Dabei wird niemand behaupten wollen, daß die Getreidepreise 1885 etwa niedriger gewesen seien und somit eine künstlich hohe Steigerung herausgerechnet wurde. Andererseits kann dagegen darauf verwiesen werden, daß nicht nur die Preise seit 1909 weiter angezogen haben, sondern auch die Sektererträge fortgesetzt wachsen.

Die Steigerung der Getreidepreise ist nun einmal richtunggebend für die Preise anderer landwirtschaftlicher Artikel und damit für die Vieh- und Fleischpreise und zuletzt für den Kaufpreis des Grund und Bodens. Hat sich die Preisentwicklung erst einmal dem Produktionsmittel Grund und Boden mitgeteilt, dann wirkt sie ganz anders als bei den Industrieerzeugnissen. Dort erneuern sich die Produktionsmittel nach längerer oder kürzerer Zeit und ein künstlich erhöhter Preis für sie wird immer wieder fortgerollt. Hat dagegen das Produktionsmittel Grund und Boden einmal einen hohen Preis erreicht, dann ist ein Sinken nahezu ausgeschlossen, dann wirkt dieser erhöhte Preis immer weiter produktionsverteuernd und preissteigernd auf die gewonnenen Produkte. Im erhöhten Preis für landwirtschaftliche Produkte wird dann der Arbeiterlohn ein besonderer Betrag abgenommen, der den ehemaligen oder gegenwärtigen Wert des Grund und Bodens in Form mäßiger Renten und Gewinne zutrifft. Fast 8 Milliarden Hypotheken sind von 1886 bis 1909 in ländlichen Bezirken mehr eingetragen als gelöscht worden. Am Ueberschuß der Eintragung über die gelöschten Summen zeigt sich recht anschaulich der Beginn der landwirtschaftlichen Teuerung.

Eine Entwicklung, die zur Steigerung der Bodenpreise führt, birgt schätzbare auch einen Gewinn für den keinen Besitzer. In Wirklichkeit schädigt sie ihn empfindlich. Sie zwingt ihn schon bei Erbgang entsprechend dem höheren Grundwert die Miterben höher auszusahlen. Hohe Preise für das Land erschweren aber besonders den Erwerb durch Kleinbauern, während sie Großgrundbesitzern, die als Verkäufer auftreten, sabelhafte Gewinne in den Schoß werfen. Zuletzt erhöhen steigende Bodenpreise die Pachten, deren Ausbringung dem Pächter in schlechten Erntejahren nicht geringe Sorgen bereiten kann. Um welche Steigerungen es sich dabei handelt, mögen zwei Beispiele zeigen. In Preßlau liegt die 1600 Morgen große Domäne Unksab, deren Pachtpreis 1910 von 12 000 M. auf 25 100 M. stieg. Die 1915 Morgen große Domäne Ortelau hatte gar eine Steigerung von 13 000 M. auf 30 256 M. zu verzeichnen. Daß Güter innerhalb weniger Jahre mehrmals den Besitzer wechseln und daß sich ihr Preis in kurzer Zeit oft verdreifacht, ist fast eine alltägliche Erscheinung.

So führt die heutige Wirtschaftspolitik zur künstlichen Verteuerung der Produkte und über diese zur Erhöhung der Bodenpreise und zur Verteuerung der Teuerung. Wegen einer solchen Entwicklung gibt es nur ein Hilfsmittel: die Vergesellschaftung des kapitalistisch bewirtschafteten Grund und Bodens.

Arbeiterferien.

Ferien, wach ein Wort! Wer erinnert sich beim Klänge dieses Wortes nicht an die lustige Zeit seiner Jugend, wenn der Lehrer die Schule schloß mit den ihm nötig scheinenden Ermahnungen, in den Ferien recht brav zu sein. Die in der Großstadt wohnenden Kinder haben ja selten den richtigen Genuß von Ferien gehabt, sei es, daß sie keine Gelegenheit hatten, ins Freie zu kommen oder gar, daß sie den Eltern helfen mußten, ums tägliche Brot zu ringen. Und doch haben auch diese Kerlchen beim Klänge des Wortes aufgestanden: Ihre Augen haben freudiger glänzend, denn für jeden war ein bißchen Freiheit, ein bißchen Sauber mit dem Wort verknüpft.

Die Glücklichen aber, die hinaus aufs Land ziehen konnten aber dort wohnten, tummelten sich in ungebändigter Lebenslust, freuten sich der Sonne und des Grün der Natur, jauschten und jubelten. Ferien! Freiheit!

Verschunden sind für den Arbeiter diese Zeiten. Mit dem Eintreten in die Reihe der Millionen, die, um des Lebens Notdurft zu fristen, dem Kapitalismus fronen müssen, gab es keine Ferien mehr, ging ein Tag wie der andere Jahr um Jahr. Es kam keine Unterbrechung der Arbeit außer der, die von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit oder dem Schreden der Krankheit begettet war.

Die Arbeiter wurden Enterte des Glücks. Sie kennen nur in geringem Maße die Freude des Lebens, die die Freiheit und der sorgenlose Besitz gestatten. Die Sonne lacht, die Natur lacht; die Arbeiter aber sind gefesselt an ihre Werkplätze, am Brot zu schaffen für sich und für Weib und Kind. Die Feiertage sind nicht Tage ungetriebener Freude, denn die graue Sorge sitzt auch an diesen Tagen zu Gasse.

Die Arbeiter hätten vor allem Anspruch auf längere Erholungsstunden. Sie stellen dem Unternehmer Tag für Tag ihre Arbeitskraft und dazu Leben und Gesundheit zur Verfügung und der Lohn, den sie dafür empfangen, ist oft recht klein. Der Kaufmann, der Beamte, der Lehrer, der Geistliche zc. hält es für dringend notwendig, nach bestimmten, der Arbeit gewidmeten Zeiträumen eine besondere längere Erholungs- und Ruhepause einzutreten zu lassen, um sich zu stärken und zu kräftigen. Diese Ruhepausen sind für eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeit unterbrochen wird von einer Erholungsstunde. Sie haben recht damit. Die Arbeiter aber fordern das Gleiche. Mit der gewerkschaftlichen Organisation haben sie den Weg beschritten, dieses Recht zu gewinnen. In planvoller, unangefangener Tätigkeit wird Stück um Stück zu erringen versucht. In erster Linie müssen sich die Arbeiter eine Arbeitszeit zu erkämpfen suchen, die den Forderungen der heutigen Produktionsweise entspricht, und einen Lohn, der zur Bestreitung einer angemessenen Lebenshaltung ausreicht. Soweit das geschehen, fordern sie aber auch das Recht, einmal im Jahr gänzlich auszuspazieren, einmal hinausziehen zu können in die Natur, in die Welt, um deren Schönheiten zu sehen, um kurze Zeit wenigstens den Jammer des Alltags hinter sich zu lassen.

Der Erreichung dieses Zweckes ist ein Buch gewidmet, das der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegeben hat. (Arbeiterferien, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie.) Das Buch enthält ein reiches Material. Es beleuchtet die große und kulturelle Frage von Ferien für die Arbeiter von verschiedenen Gesichtspunkten aus und gibt eine statistische Uebersicht darüber, was von den Arbeitern und den Metallarbeitern im besonderen auf diesem Gebiete bis jetzt erreicht worden ist.

In dem Buche wird nachgewiesen, daß Ferien im Interesse der geistigen und körperlichen Volksgesundheit von großer Bedeutung sind und daß die heutige Betriebsweise der jetzigen Zeit eine längere Erholungsstunde für die Arbeiter geradezu gebieterisch fordert. In einem Abschnitt: „Die Stellung der Unternehmer zu Arbeiterferien“ wird gezeigt, daß speziell die kapitalistischsten Werke der Eisenindustrie, des Schiffbaus und der Textilindustrie sich am heftigsten gegen Arbeiterferien sträuben. Trotz dem Widerstand der Unternehmer hat sich jedoch die Idee schon ganz gute Bahn gebrochen. Nach einer Umfrage, deren Ergebnis in dem Buche besprochen wird, sind in der Metallindustrie für 389 Betriebe mit 233 927 Arbeitern Ferien eingeführt. Von diesen Arbeitern haben im Jahre 1912 zusammen 24 267 Ferien erhalten — und zwar gegen Fortzahlung des Lohnes, was eine selbstverständliche Voraussetzung ist, wenn die Ferien einen Wert haben sollen. Für eine kleine Anzahl von Betrieben sind die Ferien vertraglich festgelegt. Das muß vorbildlich sein, denn die Gewährung von Ferien soll keine Wohlthat der Unternehmer, sondern ein Recht der Arbeiter sein. Aus diesen Gründen fordert auch der Verbandsvorstand im Schlußwort seines Buches ein vertragliches Recht auf jährliche Ferien; ferner die Befestigung aller besonderen Bedingungen, die die Ferienerlangung beeinträchtigen können, sowie ausreichende Entschädigung für den durch die Ferienzeit entfallenden Verdienstausfall.

Das Buch ist ein wertvolles Hilfsmittel und es enthält gutes Material für die Agitation zur Erreichung von Ferien. Die große, rasch vergriffene Auflage des Buches beweist auch, daß in den Kreisen der Arbeiter ein lebhaftes Interesse für die Frage vorhanden ist und daß die Herausgabe der Schrift ein dringendes Bedürfnis war.

Die Schmiede in der Einheitsorganisation.

Nach der soeben fertiggestellten Berufsstatistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beträgt die Zahl der ihm angeschlossenen Schmiedehilfsleute 9793 und die Zahl der ihm angeschlossenen Schmiede (Auf- und Wagenschmiede, Selter zc.) 31 463. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte mithin am Schlusse des Jahres 1912 unter seinen Mitgliedern 41 256 Schmiede. Unter den einzelnen Berufsgruppen bilden die Schmiede nach ihrer numerischen Größe an fünfter Stelle. Ihnen voraus sind die Schlosser mit 143 601 Mitgliedern, die sonstigen Metallarbeiter mit 105 280 Mitgliedern, die Dreher mit 53 612 Mitgliedern und die Former (einschließlich der Hilfsarbeiter) mit 50 636 Mitgliedern. Da der Deutsche Metallarbeiter-Verband am Schlusse des Jahres 1912 zusammen 561 847 Mitglieder zählte, repräsentieren die Schmiede einen Bestandteil des Verbandes in Höhe von 7,35 Prozent. Der Prozentfuß betrug im Jahre 1911: 5,10 und im Jahre 1910: 5,04. Die Steigerung der Mitgliederzahl der Schmiedegruppe, die vom Jahre 1910 zum Jahre 1911 nur 1,19 Prozent betrug, erhöhte sich im letzten Jahre infolge des Anschlusses des Schmiedeverbandes auf 44,12 Prozent.

Die am 1. Oktober 1912 erfolgte Angliederung des Schmiedeverbandes an den Deutschen Metallarbeiter-Verband rechtfertigt wohl eine kurze Beschreibung. Bis zum erfolgten Anschluß des Schmiedeverbandes drängte das Nebeneinanderbestehen der zwei für Schmiede bestehenden Organisationen die Werkkraft und die Schlagfertigkeit der Schmiede. Die fortschreitende Entwicklung der Produktionsform führte die beiden Organisationen zwar langsam aber sicher zur Einheit. Naturgemäß war der Verschmelzungsprozess mit vielen Unannehmlichkeiten verknüpft. Die Berufsorganisation der Schmiede beehrte sich viele Jahre hindurch mit allen Mitteln gegen den Aufschwungsprozess, der sich vor ihren Augen vollzog. Verhindert werden konnte der Prozess nicht. Immer mehr wurden die Schmiede in die Großbetriebe hineingedrängt, wo sie zwar auch wesentliche Faktoren in der Warenherstellung waren und sind, wo sie aber auch in der großen Menge der sonstigen Metallarbeiter nach und nach ihre frühere große Bedeutung einbüßten. In den Großbetrieben — Werften, Roschinenfabriken, Karosseriewerken zc. — wurden die Schmiede mit ihrer Arbeitsweise und ihrer Arbeitsstellung immer mehr von anderen Berufen der Metallindustrie abhängig. Freilich trat auch das Gegenteil hervor, aber die große Gruppe der sonstigen Metallarbeiter mit ihrer großen und starken Organisation verdrängte von dieser Abhängigkeit nicht gar viel. Noch ein Umstand hat von Bedeutung: die großen wirtschaftlichen Kämpfe der neueren Zeit

mollen, zu wehren. Zwar erklären Unternehmerorganisationen, Handelskammern etc., daß sie das Koalitionsrecht nicht antasten, sondern nur die Ausübung des Koalitionsrechtes ganz besonders das Recht des Streikpostens meinen, so ist es eben so e u e i, was sie betreiben. Diesen unläuternden Motiven muß entgegengetreten werden, um zu verhindern, daß die Absichten dieser Arbeiterkünde verwirklicht werden. Der Arbeitsnachweis unserer Verwaltungen vermittelte im Jahre 1912: 8656 Stellen. Gegenüber anderen Arbeitsnachweisen der Metallindustrie ist das ja schon eine recht nennenswerte Zahl, jedoch gegenüber der Zahl der gesamten in der Berliner Metallindustrie im Jahre 1912 besetzten Stellen nicht genügend. Es muß auf diesem Gebiet noch weit mehr getan werden und es kann auch mehr getan werden, wenn unsere Kollegen uns in unserem Streben nach Verbesserung des Arbeitsnachweises mehr als bisher unterstützen. An der Kaiserfeier 1912 haben sich aus 269 Betrieben 11 292 Mitglieder beteiligt. Das ist gegenüber dem Jahre 1911 eine erhebliche Steigerung. Allerdings waren Großbetriebe im eigentlichen Sinne nicht an der Kaiserfeier beteiligt, deshalb kann von einer wesentlichen Nachwirkung durch Maßregelungen bei der Kaiserfeier 1912 nicht gesprochen werden. Die Zahl der Ausgesperrten wegen der Kaiserfeier betrug bei 28 Firmen 1046 Kollegen. Die Dauer der Aussperrung betrug in keinem Fall mehr als sieben Tage. Die Bibliothek der Verwaltungen in Berlin (eine Hauptbibliothek und 17 Filialen) ist im Jahre 1912 häufiger frequentiert worden als in früheren Jahren. Während 1911 die Zahl der ausgeliehenen Bände 73 009 betrug, liegt die Zahl im Jahre 1912 auf 82 308. V e r a m l u n g e n, K o n f e r e n z e n, S i ß u n g e n fanden im Jahre 1912 zusammen 22 324 statt, ein Beweis für die ungeheure Tätigkeit, die in der Verwaltungen Berlin entfaltet werden muß, um allen Ansprüchen nachkommen zu können. Den Kassenbericht erläuterte Kollege G e n n i n g. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 2 748 549,13 M., die Lokalkasse hatte inklusive des Bestandes vom Vorjahre eine Einnahme von 1 939 520,44 M. Die hauptsächlichsten Ausgaben der Hauptkasse waren für: arbeitslose Mitglieder 661 140,85 M., Kranke Mitglieder 525 598,90 M., Streikunterstützung 222 427,90 M., Gemäßigtenunterstützung 43 459,40 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 8520 M., Unterstützung in besonderen Fällen 23 400 M., Reiseunterstützung 23 184,50 M., Umzugunterstützung 13 521,25 M. Von den Ausgaben der Lokalkasse sind folgende Posten hervorzuheben: Streikunterstützung 131 688,80 M., Maßregelungsunterstützung 12 849,95 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 5457,20 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahresabschluss 1912: 1 430 182,96 M. Ueber den Bericht fand eine wesentliche Diskussion nicht statt, lediglich ein Beschluß der Ortsverwaltung war Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung. Die Ortsverwaltung hatte nämlich im Herbst 1912 beschloffen, mit Rücksicht auf die auch den Angehörigen fühlbar werdende Teuerung und mit weiterer Rücksicht darauf, daß die Angehörigen gerade in der Zeit äußerlich stark in Anspruch genommen wurden, jedem Angehörigen eine Teuerungszulage von 100 M. zu bewilligen. Die Diskussionsredner erklärten zwar, daß sie gegen die Teuerungszulage an sich nicht wären, doch wären sie der Meinung, daß beratliche Beschlüsse der Generalversammlung unterliegen müßten. Eine entsprechende Resolution wurde dann auch angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach ausgeperrte arbeitslose Mitglieder mit Rücksicht auf die gegenwärtige große Stodung im Baugewerbe aus Mitteln der Lokalkasse für weitere vier Wochen Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Dieser Beschluß hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1913. — Die Generalversammlung wurde darauf bis zum 14. April vertagt, da die Zeit inzwischen zu weit vorgeschritten war. In der Fortsetzung der Generalversammlung sind dann noch die Wahlen der Ortsverwaltung erledigt worden. Es wurden gewählt zum ersten Bevollmächtigten Adolf C o h e n, zum zweiten Kollege Emil B r a u n e r, zum dritten Kollege Emil C o h e n, zum vierten Kollege Emil C o h e n, zum fünften Kollege Emil C o h e n, zum sechsten Kollege Emil C o h e n, zum siebenten Kollege Emil C o h e n, zum achten Kollege Emil C o h e n, zum neunten Kollege Emil C o h e n, zum zehnten Kollege Emil C o h e n.

Mech. Der von Saarabien nach Lothringen verlegte General-Großappellationsrat P e t e r B ä d e r glaubt dadurch Mitglieder zu gewinnen, daß er nach dem Muster von August Brühl arbeitet. Die Solinger Ortskrankenkassengeschichte scheint ihm als ein besonders fester Haken dazu geeignet zu sein. In einer Versammlung behauptete er nämlich, die Solinger „Genossen“ hätten in der Ortskrankenkasse 150 000 M. unterschlagen. Als dies Kollege C a s p e r als eine gemeine Lüge bezeichnete, tief Bäder zum Reden und das Resultat war 10 M. Strafe für Casper wegen fernerer Beleidigung. Beweise für seine Behauptungen konnte Bäder vor Gericht nicht erbringen. Damit die Sache auch noch etwas ausfalle, wurde Casper von Bäder als Führer der Meiner Sozialdemokratie, das wiederum als „Arbeitersekretär“ gestempelt, trotzdem Bäder weiß, daß Casper heute noch im Arbeitsverhältnis steht. Partin liegt eben diesem. Als Bäder in die schwarze Presse noch die größten Unwahrheiten lanzierte, sandte unser Kollege eine Verächtlichmachung. Der „Christliche“ Strategie, der vorher nur immer schweigend von Genossen sprach, nannte dann in einer Gegenberichtigung Namen und es wird ihm nun wohl Gelegenheit gegeben werden, seine Behauptungen zu beweisen. Da aber Bäder auch in allen Versammlungen seine Methode verfolgte, dazu auch über unsere Organisation wegen der Mendener Aussperrung die größten Unwahrheiten verarbeitete, glaubten wir ihm doch Gelegenheit geben zu müssen, die Wahrheit zu hören. Zu diesem Zwecke fand am 13. April eine gut besuchte Versammlung hier statt. Obwohl Bäder schriftlich eingeladen und ihm bereits in einer von ihm einberufenen Versammlung, wo er über die „großen Erfolge“ bei der Mendener Aussperrung sprach, gesagt worden war, daß die Versammlung am 13. April abgefallen war, mußte er, „große Differenzen“ in Trier vorzubereiten. Kollege R a p p (Solinger) behandelte in eingehender Weise die Solinger Ortskrankenkassengeschichte. Man muß staunen über diese „Christlichen“ Behauptungen, mit welchen Verleumdungen sie operierten. Rapp hatte klargestellt, wie die ganze Affäre zusammenhängt und daß der Solinger Redner nicht zur Sozialdemokratie gehören kann, da er ja selbst von der Aufsichtsbekörde seinerzeit eingekerkert worden war, aber trotzdem behauptete, die „Hörschande“ des großen Strategen Bäder: In einer Hofburg wie Solingen muß eben jeder Redner „Sozialdemokrat“ sein. Sein „Chef“ habe seine Behauptungen öffentlich aufrecht. In seinem Schlußwort kennzeichnete Rapp diese Lüge, die nach dem Rezept zugeflickt ist: Verleumdung kün drauflos... Kollege B r a u n e r s t e u e r t e r behandelte dann noch die Taktik der „Christlichen“ Gewerkschaften und ihre Kampfweise bei der Mendener Aussperrung. Er nahm die großen „Erfolge“ unter die Lupe und zeigte, wie die „Christlichen“ Erfolge konstruieren, indem er die Forderungen den eingegangenen Bedingungen gegenüberstellte. Welche Referenten fanden für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. Mit einem Hoch auf die freie Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende Bäder die Versammlung. An unseren Kollegen liegt es nun, unermüdet für unsern Verband weiterzuarbeiten, die noch fernstehenden Kollegen aufzuklären und für uns zu gewinnen. Dann werden die Säume der „Christlichen“ auch in Trier nicht in den Stimmeln wackeln.

Wilmshaven. Es ist erlaublich, welche Unwissenheit manchmal in bürgerlichen Kreisen sich breit macht. Im Wilmshavener Lagerblatt war auf der „Eiswiese“ folgendes enthalten: Ein Wort zum Nachdenken! Wie wir aus der Zeitungschrift des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, erfahren, sind im letzten Geschäftsjahr von

der hiesigen Ortsgruppe 82 343 M. vereinnahmt und 31 289 M. verausgabt worden. Die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe in Höhe von 51 054 M. ist an die Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgeführt worden. Im Jahre vorher betrug die Einnahme 68 133 M., die Ausgabe 29 061 M., und die Hauptkasse erhielt rund 39 000 M. In zwei Jahren also hat die hiesige Arbeiterkassette rund 90 000 M. ohne jede Gegenleistung dahingegen. Es bringt sich die Frage auf, was mit diesem Kapital hier zur Verbesserung der traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können. W. U. w. g. Wir geben gerührt nicht feht, wenn wir annehmen, daß dieses „Eingefandt“ von einem „guten Freunde“ aus einer gegnerischen Organisation in das Lagerblatt langiert worden ist. Dem Blatt ist darauf von unserer Seite eine Erwiderung zugegangen, deren Aufnahme es aber abgelehnt hat. Unsere Erwiderung lautet: „In Nr. 84 dieser Zeitung vom 11. April 1912 befindet sich ein Eingefandt mit der Ueberschrift: Ein Wort zum Nachdenken“, worin zunächst konstatiert wird, daß von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1912 51 054 M., im vorhergehenden Jahre 39 000 M. an die Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eingekandt worden sind. An diese Tatsache wird alsdann die Bemerkung geknüpft, daß diese 90 000 M. ohne jede Gegenleistung von der hiesigen Arbeiterkassette dahingegen worden seien und damit die Frage verbunden, was mit diesem Kapital hier zur Verbesserung der traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können. Da um Antwort gebeten wird, ist diese hiermit gegeben. Wenn wir behaupten wollten, die hiesigen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes haben für Steuern und sonstige staatlichen und kommunalen Abgaben in diesen zwei Jahren etwa 500 000 M. ohne jede Gegenleistung dahingegen und fragen würden, was mit dieser Summe zur Verbesserung der hiesigen traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können, so wäre beides viel weniger naiv als die Behauptung und Frage des Einsenders. Die Beiträge an den Deutschen Metallarbeiter-Verband werden von den Mitgliedern eben nicht zum Zwecke der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bezahlt, sondern zwecks Gebung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Unterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Notfällen. Inwiefern dieser Zweck erreicht wird, geht daraus hervor, daß im Jahre 1911 (die Zahlen für das Jahr 1912 stehen uns noch nicht zur Verfügung) 92 006 Personen eine Arbeitszeiterleichterung von 198 894 Stunden pro Woche und für 108 154 Personen eine Lohnaufbesserung von 192 200 M. pro Woche oder 7 688 000 M. pro Jahr durch den Verband erreicht worden ist. Diese Zahlen beweisen wohl zur Genüge, warum die Mitglieder ihre Beiträge freiwillig, ohne äußeren Zwang erbringen. Daß seitens des Hauptverbandes an die hiesige Verwaltungskasse außer sämtlichem Verwaltungsmaterial auch etwa 130 000 bis 140 000 Zeitungen als Gegenleistung geliefert worden sind, sei nur nebenbei erwähnt. Sind die Ausgaben für die Verwaltungen im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband im Verhältnis zu anderen Institutionen, zum Beispiel zu den Ausgaben bei den Unfallversicherungs-Vereinigungen, auch außerordentlich gering, so können sie immerhin nicht gleich Null sein. Einweller wollen wir aber darauf, daß im Jahre 1912 fast 8 400 000 M. allein für Unterstüzungszwecke irgend welcher Art an die Mitglieder zurückbezahlt worden sind und die Hauptkasse 1 680 995 M. als Zuschüsse an verschiedene Zahlstellen geleistet hat. Wenn die hiesige Zahlstelle die Hauptkasse nicht in Anspruch zu nehmen brauchte, so ist das sicher für die Mitglieder keine betrübende, sondern eine erfreuliche Tatsache. Sie wissen eben, daß ihnen die Hauptkasse im Bedarfsfälle mit ihrem Millionenvermögen — welches eben auch wieder Eigentum der Mitglieder ist — zur Verfügung steht. Deshalb wird das Eingefandt, wenn es bezwecken sollte, daß Mitglieder der hiesigen Verwaltungskasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Organisation den Rücken kehren, diesen Zweck vollkommen verfehlen.“

Schlösser.
Samburg. Die Bauhofsler Samburgs sind am 3. April in den Streik getreten. Der Grund für die Arbeitsunterbrechung ist in dem äußerst geringen Entgegenkommen der Junggelehrten zu suchen. Schon während der Dauer des abgelaufenen Tarifs haben die Bauhofsler einen sehr hartnäckigen Widerstand der Meister zu überwinden gehabt, um einen einigermaßen angemessenen Lohn zu erreichen. Im alten Tarif ist der Passus enthalten, daß der Lohn nach Leistungen vereinbart wird. Diese Bestimmung hat nun zu den verschiedensten Differenzen geführt. Es mußte deshalb bei der diesjährigen Tarifverhandlung das Hauptgewicht auf die Mindestlöhne gelegt werden. Der Mindestlohn für Junggelehrten nach beendeter Lehrzeit betrug 50 S. Es war ganz selbstverständlich, daß auf Grund dieses Mindestlohnes ein dreijähriger Tarif nicht abgeschlossen werden konnte. Wir forderten deshalb einen Mindestlohn für Junggelehrten von 60 S. vom 1. April 1913 an, im zweiten Jahr nach beendeter Lehrzeit 65 S. die Stunde. Nach mehrmaligem Verhandeln haben die Meister einen Mindestlohn in folgender Form zugestanden: Vom 1. April 1913 an beträgt der Mindestlohn 52 S. ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 57 S., zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit 60 S. die Stunde. Bezüglich der Lohnzulage an die übrigen Gesellen wurde zugestanden: vom 1. April 1913 an 1 S., 1. April 1914: 2 S. die Stunde. Diese Lohnzulage schwebt jedoch vollständig in der Luft, kann doch der Fall eintreten, daß ein Geselle vor Abschluß des neuen Tarifs einen höheren Lohn hat als nach Ablauf der dreijährigen Tarifdauer. Da die Meister ein weiteres Entgegenkommen nicht zeigten, beschloffen die Kollegen am 2. April, die Arbeit einzustellen. Der Kampf dauert nunmehr zwei Wochen, ohne daß eine Verberung eingetreten ist. Es kommen 897 Kollegen in Betracht. Wir ersuchen, den Zugang von Bauhofsler nach Samburg streng fern zu halten.

Walzwerksarbeiter.
Witten. Der Streik der Arbeiter des Drahtwalzwerks auf dem Witterer Gußstahlwerk mußte leider nach 3 1/2wöchiger Dauer als erfolglos beendet werden. Von den Streikenden ist keiner abgefallen, leider war es aber der Firma möglich, genügend Kausretzer zu bekommen. Die alte Belegschaft leistete der Firma nicht genügend, es sollten 120 bis 150 Tonnen produziert werden, es war aber nicht möglich, 100 Tonnen und darüber zu produzieren. In den ersten zwei Wochen des Streiks, als die Kausretzer ohne Abkühlung arbeiten mußten, wurde ihnen der Lohn zu einer Produktion von 100 Tonnen, als dann mit Abkühlung gearbeitet werden konnte, mit 86 Tonnen berechnet. Die Produktion betrug aber nicht 86 bis 100 Tonnen, sondern nur 40 bis 60 Tonnen und davon war noch immer ein guter Teil Schrott und zweite Qualität. Der Schrottwalzer war dort groß geworden, daß der Betriebsleiter S e i d e l e r selbst zur Länge tritt und den Schrott zur Seite schiebt. — Die Drahtwalzer, die sich dem Witterer Gußstahlwerk als Kausretzer zur Verfügung stellen, sind: Peter Meien und Gohn, Kroonen, Schmal, Fr. Grafenmeyer, Wth. Knepper, Gust. Eilinghaus, Peter Guttmann, And. Richter, Ernst Gerber, Fr. Kubitz, Wb. Schmeider, Joh. Portig, Dinghoff, Krüger, Ernst Schöge, Verk. Da die Firma mit diesen Leuten die frühere Produktion nicht erreicht und sich noch weiter um Drahtwalzer bemüht, so bleibt die Sperre weiter bestehen und ist Zugang von Drahtwalzern auch ferner noch fern zu halten.

Rundschau.
Reichstag.
In Breslau lebte bis vor wenigen Jahren ein fast unbekanntes Original, der alte Schottländer. Als er eines Tages ausritt, da fragte ihn ein Freund: „Wohin reitest du, Schottländer?“ Seine Antwort lautete: „Frag das Pferd!“ An diese Anekdote wird man

bei der Betrachtung der deutschen Auslandspolitik lebhaft erinnern. Da scheinen auch die „Reiter“ nicht recht zu wissen, wohin eigentlich der Kurs geht, so daß man zweifelhaft das „Pferd“ nach der Richtung fragen sollte. Woche um Woche wurde im Reichstag die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten zurückgeschleppt, weil die Regierung immer wieder gegen die Erörterung des Entwurfs erob, daß die internationalen Schwierigkeiten eine offene Aussprache nicht angebracht erscheinen ließen. Entblät ist nun doch — zuerst in der Budgetkommission, sodann jetzt in der Vollversammlung — der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt worden, und man möchte schon unerschämtermaßen, wenn man behaupten wollte, daß dabei eine einzige noch so kleine Entschuldig über die internationale Politik gemacht worden sei. Nur was man seit langer Zeit in deutschen oder fremden Blättern lesen konnte, wurde noch einmal vorgebracht, in der Form nicht besser, im Inhalt vielleicht noch unvollständiger. Man hörte, daß zeitweilig die Gefahr eines europäischen Krieges bestanden habe, ohne daß man bei dieser, des Reiches der Neuheit durchaus entbehrenden Mitteilung nun endlich darüber aufgeklärt worden wäre, warum die „Staatsmänner“ diese Gefahr nicht zu verkleinern oder ganz zu vermeiden verstanden hätten; man hörte, daß die Diplomatie sich für die Erhaltung des Friedens eingesetzt habe, ohne daß durch diese Versicherung das allgemeine und berechtigte Mißtrauen gegen besagte Diplomatie geändert worden wäre. Ein sozialistischer Abgeordneter fragte: „Wodurch unterscheidet sich der deutsche Diplomat von dem gewöhnlichen Menschen, der auch nichts von der internationalen Politik versteht?“ Antwort: „Der Diplomat nennt sein Gewerbe — mit französischer Feinheit — Diplomatie, der gewöhnliche Mensch nennt es Diplomatie oder Quacks.“

Seit dem plötzlichen Tode Ribbentrop-Wächters steht ein Vertreter des famosen Berliner Volkspresidenten an der Spitze unseres Auswärtigen Amtes, ein Herr v. Jagow. Als Gesandter in Luzern, einem sicher nicht sehr aufregenden Platz, erhielt er eine „Schule“ in den auswärtigen Angelegenheiten, ging dann als Botschafter nach Rom, wo die plötzliche Berufung in das Amt in der Wilhelmstraße ihn erteilte. Durch Rebellentum sind wir bei unseren auswärtigen Ministern, v. Bismarck etwa abgesehen, nicht verbohnt. Aber sogar Ribbentrop-Wächter, der nur mühsam sein gemütliches Gesichtswädel vorbrachte und regelmäßig nach zehn Jahren die Puppe verlor, war ein Demosthenes gegen Jagow. Der größte Diplomat des 19. Jahrhunderts hat einmal gesagt, daß der Herrgott uns die Sprache gegeben habe, um die Gedanken zu verbergen. Solche Gedanken, wie Herr v. Jagow verdirbt, wenn er zu reden anfängt, gibt es gar nicht. Jedenfalls steht das eine fest: eine klare auch dem Volke verständliche Richtlinie für die deutsche auswärtige Politik hat er nicht vorzuzeichnen vermocht, es sei denn, daß man die wiederholte Beteuerung, wir würden treu zu Desterreich, für eine solche Darlegung ansehe. Ein Schelm gibt mehr als er hat. Uns will scheinen, als ob die auswärtige Politik einer friedfertigen und arbeitsamen Nation im Grunde nicht allzu schwer zu leiten sei. Schließlich hat es ja auch mit der Bösartigkeit schlimmer Nachbarn seine Grenze.

In der Reichstagswoche befreite die Mehrheit den Reichstag von einem der unangenehmsten Mitglieder, dem mit Hilfe von amtlicher Wahlbeeinflussung 1912 gerade noch einmal gewählten Herrn v. K r ö g e r, jenem Schwerenöter, der einst sagte, die Sozialdemokratie könne nur Objekt, nie aber Subjekt der Gesetzgebung sein (das heißt: die Eigenschaft als Sozialdemokrat müsse als Wahlausschließungsgrund angesehen werden). Die Wahlprüfungskommission hatte das Mandat auf Grund eines sonnenklaren Tatbestandes gegen die Stimmen ihrer beiden konservativen Mitglieder für ungültig erklärt; bei einer solchen Sachlage blieben schließlich Menschen ihr Mandat niederzulegen, um einer Ungültigkeitserklärung im Plenum zu entgehen. Aber Jordan v. Kröger vertraute auf seine guten Nerven und hoffte wohl auch noch auf einen Zwischenfall, wie unlängst bei der Abstimmung über die Wahl des ihm gestimmungsverwandten Dr. Becker. Dortin hatte er sich freilich verrecknet. Die Linke des Reichstags säumte nicht, dem edlen Herrn den verdienten Abgang zu bereiten. Es steht jetzt ein frisch-fröhlicher Wahlkampf im Kreise Garbelegen bevor, der unter dem Eindruck der neuen Militär- und Steuererlagen und dank einer in den letzten Jahren ziemlich energiegelassen Agitations- und Organisationsarbeit der Sozialdemokratie hoffentlich mit deren Siege enden wird.

Der bei dem Etat des Reichskanzlers wiederholte, von früher schon bekannte sozialdemokratische Antrag auf Einführung der Proporzionalwahl wurde diesmal mit einer Stimme, also durch eine reine Zufallsmehrheit, abgelehnt. Er wird wiederkommen. Kann man bei der jetzigen Gestaltung der Dinge in Deutschland auch nicht daran denken, daß er schon bald Gesetz wird, selbst wenn er im Reichstag glücklicherweise durchdringt, so darf das doch nicht von einer immer erneuten Propaganda für den gerechten und wichtigen Grundgedanken der Verhältniswahl abdrängen. Die Hoffnung auf die Durchsetzung von entscheidenden und tiefgehenden Reformen in Deutschland steht und fällt mit der Möglichkeit einer demokratischen Weiterbildung der Wahlrechte.

Darin steht auf der andern Seite auch die preußische Reaktion ganz klar und es kann deshalb nicht Wunder nehmen, daß der in Preußen eigens zu dem Zwecke der Wahlreformvorbereitung angestellte Reaktionsminister v. D a l l w i t z feierlich erklärte, das schändliche und bis zur Unjuridizität ungerichtetes Dreiklassenwahlrecht sei so etwas wie die unerschütterliche Grundfrage der Kultur, diese und werde also unter keinen Umständen geändert werden. Es genügt dieser Wortfülle der Junkerclique wenig, daß der preußische König sein Rammeswort für die Veränderung des Dreiklassenwahlrechts eingesetzt und bis heute nicht widerrufen hat. Will er durch sein brisantes Auftreten etwa zeigen, daß die Kuhnheuer der heutigen Zustände sogar dem Könige von Preußen verbieten zu können glauben, sein verpöbliches Ehrenwort einzulösen? Diese Frage zu beantworten überlassen wir denen, die sich — in Worten — mit der Vererbung des Monarchen nicht genug tun können, in ihren Taten bisher regelmäßig aber seine schärfsten Pläne verrietet haben; siehe zum Beispiel das große Kulturwerk des Mittelstandskanals oder die Abwehr des Brotwunders oder die Reform des preussischen Wahlrechts.

Der Reichskanzler verfuhr sich immer von neuem in der Rolle des Kattenjägers und blüht den bürgerlichen Parteien die Sammlungsflöte mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre. Man muß anerkennen, daß er bei der Beratung der Gesetzes- und Deckungsvorlagen seine Darlegungen durchaus in den Grenzen anständiger Polemik zu halten verstanden hat. Anders als etwa Bismarck in ähnlichen Situationen hat er darauf verzichtet, einen Eck voll schäbiger Reichsverbandsklatsche über die Sozialdemokratie auszusprechen und das Bürgertum mit patriotischen Redensarten tollwütig zu machen; er muß sich wohl auch selbst sagen, daß er vielleicht seinen berühmten Wehrbeitrag doch nicht ohne die trübsame Hilfe der Sozialdemokratie durchzubringen vermag. Einen Rückfall in die alten schlechten Gewohnheiten erleben wir indessen doch wieder bei der Beratung des Etats der Reichskanzlei, wobei Beherrschungsweg zu einem Vorstoß gegen die „Gott- und Vaterlandslöcher“ ausholte. Leute, die die Verhältnisse bei uns sehr gut kennen, wollen daraus den sicheren Schluß ziehen, daß die Hofklatsche die

ankündigte Kampfmethode bei den erwähnten Heeresbehalten schon wieder einmal zu einer handfesten Denunziation beim Kaiser gebraucht habe, der er auf diese Weise die Spitze abbrechen müsse. Das entzieht sich unserer Nachprüfung. Aber soviel steht jedenfalls fest, daß die höchste Kautionskammer bei uns manches betreibt und manches erklärt, was sonst unerklärlich wäre.

Die Abrechnung der Lokalkassen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1912

Bilanziert mit 10557696,50 M. Die Einnahmen waren: Bestand am 31. Dezember 1912: 3868823,89 M., Anteil aus den Beiträgen der Hauptkassen 2989573,51 M., Beitragsbeiträge: der erwachsenen männlichen Mitglieder 2201475,85 M., der weiblichen und jugendlichen Mitglieder 98492,51 M., sonstige Einnahmen 810920,27 M., von der Hauptkasse überwiesen 590910,87 M.

Die Ausgaben betrugen 5424055,25 M., so daß am 31. Dezember 1912 ein Bestand von 5138641,25 M. verblieb.

Die folgende Tabelle zeigt die Ausgaben für Unterstellungen aus der Hauptkasse und den Lokalkassen und das Gesamtvermögen des Verbandes.

Unterstützungszweig	Hauptkasse	Lokalkassen	Zusammen
Reisegeld	344245,70	40189,88	384435,58
Umgangskosten	140890,79	4457,44	145348,23
Erwerbslosenunterstützung:			
a) Krankheit	3435105,89	25580,68	3460686,57
b) Arbeitslosigkeit	1690529,51	78267,06	1768796,57
Streikunterstützung	2342256,86	1045353,86	3387610,72
Unterstütz. weg. Wapfregeld	177293,88	41785,96	219079,84
Unterstützung in Notfällen	70871,45	53610,94	124482,39
Sterbegeld	127244,40	116552,99	243797,39
Nachschuß	62521,01	—	62521,01
Gesamtanwendung	8890899,29	1406748,76	9796648,05
Vermögen	11970379,04	5138641,25	18504020,29
Vermögenszunahme	5009959,48	1266317,56	6275276,99

Gewerbegerichtliches.

Streikvermerk im Zeugnis. In Nr. 48 vom vorigen Jahre (Seite 385) berichteten wir von einem Urteil des Gewerbegerichts in Burgzen (Sachsen), das einen Stenographen abgewiesen hatte, weil er die Ausstellung eines arbeitszeugnisses verlangt hatte. Der Unternehmer hatte ihm nämlich die Bemerkung hineingeschrieben: „... wo er mit dem größten Teil meiner Arbeiterschaft in den Streik getreten ist“. Da der Wert des Streitgegenstandes nach dem Antrag der Parteien auf 150 M. festgesetzt worden war, war die Sache berufsungsfähig. Auf Berufung des Klägers wurde darüber vor der sechsten Zivilkammer des Königl. Landgerichts zu Leipzig verhandelt. Vertreter des Klägers S. waren die Rechtsanwältin Frau und Dr. Hübler, Vertreter des Beklagten Justizrat Dr. Fränkel und Dr. Kriebel in Leipzig. Das am 1. März verkündete Urteil (WZG 449/12) liegt uns im Wortlaut vor. Danach wurde das Urteil des Gewerbegerichts vom 26. Oktober 1912 aufgehoben und der Beklagte verurteilt, dem Kläger ein Zeugnis auszustellen, das der früheren Bescheinigung gleichlautend sei, den erwähnten Nachsatz jedoch nicht enthält. Aus der Begründung ist folgendes hervorzuheben:

Die beanstandeten Worte des Zeugnisses sind vom Beklagten als Urteil über die Führung des Klägers gedacht, wie sich klar daraus ergibt, daß sie in dem Entlassungsbescheide (A), der nur über Art und Dauer der Beschäftigung des Klägers Auskunft gibt, nicht enthalten sind, sondern erst in der Bescheinigung (B), welche auf besondere Verlangen des Klägers auch über seine Führung Auskunft geben sollte, Aufnahme gefunden haben. Sie enthalten auch objektiv ein Urteil über die Führung des Klägers... und zwar offenbar im Sinne einer Entwertung des sonst über die Führung des Klägers im allgemeinen gefällten Werturteils („mit seiner Führung war ich zufrieden“), im Sinne eines Lobes.

Nun soll grundsätzlich nicht in Zweifel gezogen werden, daß ein solcher Lobes auch neben dem allgemeinen Werturteil über die Führung des Arbeiters in der Form der Hervorhebung einer einzelnen Tatsache, sofern sie die Führung betrifft, ausgedrückt werden kann, wenn das in der Bescheinigung, daß diese nicht derartig in den Vordergrund gedrückt wird, daß sie das Werturteil verdrängt und damit objektiv unwirksam macht.

Nicht in Zweifel gezogen werden soll ferner, daß der Grund, aus dem ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis verläßt, unter Umständen auf seine Führung... einen Einfluß... ausübt, und daß die Motive und die Art und Weise des Abbruchs des Dienstes unter Umständen auf die objektive Beurteilung der Führung von wesentlichen Einflüssen sein können.

Damit ist aber nicht gesagt, daß unter allen Umständen ein Arbeiter, der aus Anlaß eines allgemeinen Streiks der Arbeiterschaft auch nur eines bestimmten Betriebes sich dem Streik anschließt und aus diesem Anlaß das Arbeitsverhältnis rechtlich einwandfrei löst, dadurch ein moralisches Versehen an den Tag legt, das vom objektiven Standpunkte aus verwerflich wäre und einen Lobes verdient, daß also die Beurteilung am Streik an sich und der dadurch herbeigeführte Austritt des Arbeiters über die Führung des Arbeiters notwendig ungünstig beeinflussen muß.

Auch in diesem Falle tritt auf das Motiv des des Arbeitsverhältnisses beendenden Streiks und des Motiv der Beteiligung des betreffenden Arbeiters daran, sowie auf die Art und Weise seiner Beteiligung (Beteiligung, Agitation, Durchführen) zurückzugehen und danach zu beurteilen sein, ob Momente hervortreten, die vom moralischen Standpunkte aus verwerflich sind und deshalb ein objektives Urteil über die Führung des betreffenden Arbeiters rechtfertigen. Solche Momente sind aber im vorliegenden Falle nicht vorhanden. Der Streik der Arbeiterschaft des Beklagten ist von der Organisation der Metallarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, in die Wege geleitet worden, nicht von der Arbeiterschaft des Klägers als solcher oder von einzelnen seiner Arbeiter. Daß er einen anderen Zweck gehabt habe, als ein Streik gewöhnlich zu haben pflegt, als den geschäftlichen Erlös, der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß er insbesondere den Zweck gehabt habe, den Betrieb des Klägers zu lähmen oder ihn sonstige Nachteile zuzufügen, ist nicht heranzuziehen, denn Jenseitig ist jeder ausdrücklich in Abrede gestellt worden. Daß der Streik dem Betriebe des Klägers Schaden und Verluste gebracht hat und noch bringen kann, ist eine mit jedem Streik unabweisbar verbundene Folge. Daß im vorliegenden Falle ein von den Arbeitern demgegenüber, entgegenstehender Schaden entstanden ist, ist nicht zulage gegeben, ebensowenig, daß die Forderung des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber der Arbeiterschaft des Klägers eine unannehme und der Streik deshalb selbst eine private Strafbewehrung gewesen sei.

Daß der Kläger, der übrigens ein jugendlicher Mensch von 8 Jahren ist, beim Streik eine besondere Rolle im Sinne der obigen Darlegung gespielt habe, hat der Beklagte nicht behauptet. Er hat sich vielmehr als Angehöriger der Arbeiterschaft aus Solidarität dem vom Verbande geleiteten Streik angeschlossen und wohl auch annehmen müssen, welche er damit nicht nur die Rechte des Klägers, sondern auch die Rechte der anderen Mitglieder des Verbandes verletzen würde. Ein besonderes Versehen des Klägers gegenüber seinem Arbeitgeber, welches ihn hätte beunruhigen müssen, ist daher nicht anzunehmen, vielmehr ist, wenn der Kläger nur im ganzen nur wenig länger als vier Monate beim Beklagten als Dreher beschäftigt gewesen, aus dem Umstand des Streiks erloschen anzunehmen, daß eine entsprechende Beurteilung der Führung des Klägers durch den Beklagten nicht verwerflich und verdient deshalb nicht den Lobes.

der in der Bescheinigung (B) vom 5. Oktober in der Form der Aufnahme des Grundes des Ausscheidens zum Ausdruck gebracht worden ist. Das Zeugnis über die Führung ist somit objektiv unwirksam. Deshalb hat nach § 113 der Gewerbeordnung der Beklagte dem Kläger ein Zeugnis ohne jenen Nachsatz auszustellen. Da er im übrigen zur Ausstellung des der Bescheinigung (B) vom 5. Oktober 1912 gleichlautenden Zeugnisses auch jetzt noch bereit ist, der Kläger seine Forderung aber ein weitergehendes Zeugnis (mit Bezug auf seine Leistungen) nicht mehr fordert, war zu erkennen, wie gesehen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Am 5. April erfolgte die Verschmelzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Als provisorischer Vorsitzender fungiert Fabrikbesitzer Garbens (Gannover), der bisherige Vorsitzende des Vereins; die Geschäftsführung wurde dem bisherigen Geschäftsführer der Hauptstelle, Dr. Langler (Berlin), übertragen. Nach Angaben in Nr. 15 der Arbeitgeber-Zeitung soll die neue Organisation ungefähr 60 000 Unternehmer umfassen. Die gesamte Schachtmacherpresse bezieht den Zusammenschluß und feiert die neue Organisation als ein besonders kräftiges Machtmittel, um den Organisationen der Arbeiterschaft entgegenzutreten zu können. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß diese Verschmelzung eine Stärkung der Position des Unternehmertums bedeutet. Man soll sie indessen auch nicht überschätzen. Mögen die verschiedenen Unternehmerverbände auch gelegentlich einige Fäden untereinander haben — so sind sie in dem Bestreben nach Unterdrückung der Arbeiterschaft schon von jeher eintig gewesen. Die einzige Lehre, die die organisierte Arbeiterschaft aus dieser Verschmelzung ziehen muß, ist die, daß sie Ursache hat, den von ihrer übermächtigen Mehrheit eingeschlagenen Weg energischer weiter zu verfolgen. Dann werden ihr die stärksten Unternehmerverbände nicht schaden können.

Ausführlicher Terror in Bayern.

Seit etwa fünf Vierteljahren besteht in Bayern eine Regierung, die fast aus lauter Zentrumsleuten besteht. Obgleich viele von deren Maßnahmen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb Bayerns teils Entrüstung, teils Spott hervorriefen, haben wir uns nicht veranlaßt gesehen, uns an dieser Stelle mit ihr zu beschäftigen. Neuerdings ist aber etwas von ihr an die Öffentlichkeit gekommen, was auch die Gewerkschaften, und besonders unsere interessiert und was man bisher noch nicht für möglich gehalten hatte, was auch ungläublich erscheinen würde, wenn es nicht in dem Organ dieser Regierung, der Bayerischen Staats-Zeitung, angekündigt worden wäre. Dieses Blatt brachte einen Artikel mit der Überschrift: Die Frage der gemeinsamen Arbeitseinstellung im Bereiche der staatlichen Verkehrsverwaltung. Darin heißt es:

„Von dem Personal der Verkehrsverwaltung muß im staatlichen und dienstlichen Interesse der unbedingte Verzicht auf gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes (Streik) gefordert werden. Das Personal darf Vereinigungen nicht angehören, deren Verhalten nicht genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.“

Weiter wird gesagt:

„Nach den Vollzugsbestimmungen hierzu haben die Arbeiter bei der Aufnahme in den Dienst durch Unter schrift zu bestätigen, daß dieser Vorbehalt Kenntnis erhalten zu haben und verständigt worden zu sein, daß zu den Vereinigungen im Sinne dieser Vorchrift jetzt insbesondere die freien Gewerkschaften der Metall- und Transportarbeiter, sowie der Verbände des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals zählen, ferner daß die Verwaltung bei Zutrittsbehandlung gegen die Vorchrift die Lösung des Arbeits- oder Dienstverhältnisses in das Auge fassen muß.“

Diese Vorchrift bezieht sich zunächst auf die neu zugehenden Arbeiter.

Wer weiß, wie bald die Vorchrift auch auf das bereits angestellte Personal ausgedehnt wird! Durch eine einfache ministerielle Verfügung wird hunderttausende Arbeiter ungeniert das Koalitionsrecht gerächt. Oder sollte ein Stuhl besterter Koalitionszwangs dahinter verborgen sein, indem man den Zentrumsgelehrten auf diese Weise die Bahn freimachen will? Die Münchener Post leiht ihre Nachhilfe von diesem Schachzug des ultramontanen Ministeriums in ihrer Nr. 87 vom 15. April mit folgenden, sehr zutreffenden Ausführungen ein:

„Nach der Ernennung Schumpeniers durch den Bruder des Nationalen Abgeordneten Kunzschall erklärte die bayerische Zentrums- und Sozialdemokraten aus jeder Arbeitsstelle verdrängt worden wäre. Diese Behauptung erwies sich schnell als Lüge; obwohl es sich bei dem Mörder um einen gemeinen Denunzianten gehandelt hat, der ankündigte Arbeiter ins Gefängnis brachte, so hätte doch Kunzschall überall ruhig arbeiten können, wenn er hätte arbeiten wollen. Gleichwohl hielt die Zentrums- und Sozialdemokraten als Strafe für eine angeblich beschränkte Arbeitswilligkeit den abscheulichen, an einem völlig unzulässigen herabwürdigen Reichswort für menschenwürdig.“

Was den österreichischen Parteigenossen hinsichtlich nachgesagt worden ist und was auch, wenn es wahr gewesen wäre, nur als Notwehr gegen einen erfolglosen Schilling der Arbeiterschaft hätte gelten müssen, das erweist sich als bayerische Ministerium der ewigen Wahrheiten zum höchsten Staatsgrundgesetz: niemand darf in bayerischen Staatsbetrieben arbeiten, der sich nicht freiwillig verpflichtet, die Einteilung der anzuordnenden regierenden Minister zu beugen und zu betätigen. Durch die Staatsgewalt sollen erpreßter Staatsbürger gezwungen werden, das Naturrecht ihrer Ueberzeugung und die ihnen gesetzlich gewährleisteten Freiheiten zu opfern, andernfalls sie auf die Straße gejagt werden.“

Noch mehr Streikverweigerung nötig?

Unter dieser Überschrift berichteten wir in Nr. 51 vom vorigen Jahre (Seite 411) unter anderem über ein von der Raunheimer Strafkammer gefälltes Schöffensurteil über sechs Arbeiter, die beschuldigt waren, gewerkschaftliche Streikverweigerung zu haben. Einer von diesen wurde bei dieser Gelegenheit durch Weisung verurteilt. Wenn es auch nicht zu billigen ist, daß so etwas geschieht und bestraft, der einer solchen Tat überführt wird, auch nicht zu bedauern ist, wenn ihm die Strafe erteilt, so fanden die verhängten Urteile doch in wachsender empfindlicher Verhältnisse zu den Straftaten, zumal, wenn man bedenkt, wie unbegreiflich milde Urteile bei anderen Gelegenheiten gefällt werden. Die Revision beim Reichsgericht hatte den Grund, daß das Urteil aufgehoben und an die erste Instanz zurückverwiesen wurde. Am 16. April wurde die Sache neu verhandelt. Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß der Verurteilte August Heibel, der bei der ersten Verhandlung 5 Jahre und 2 Monate Gefängnis erhalten hatte, wurde gegenwärtig freigesprochen und erhielt nur wegen Verweigerung gegen § 113 der Gewerbeordnung drei Monate Gefängnis, die durch die Unterwerfungsbekanntmachung sind. Weiter waren bei der ersten Verhandlung die Angeklagten Sattler, Weber und Mehl ebenfalls zu je 5 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafen wurden auf 3 Jahre 11 Monate, 3 Jahre 8 Monate und 4 Jahre erniedrigt. Die Angeklagten Schlipf und Spitzberger hatten wegen Begünstigung der drei Monate Gefängnis erhalten und diese durch die Unterwerfungsbekanntmachung herabgesetzt. Dem ergriffenen wurde die Strafe um einen Monat vermindert; Epitzberger erhielt jedoch die gleiche

Strafe wieder und doch war er an der Sache ganz und gar nicht beteiligt. Sein ganzes Vergehen bestand lediglich darin, daß er fürchte, mit hineingezogen zu werden und an einer Stelle Pfeffer streute, um Volkshunde von seiner Spur abzulenken. Diese übertriebene Vorsicht muß er nach Ansicht des Gerichts mit drei Monaten Gefängnis büßen. — Auch in dieser gemilderten Form dreht das Urteil nichts anderes als was es schon vordem war: ein Ausfluß von Klassenjustiz.

Der dritte Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Raumburg a. S. hat in einer für die deutschen Gewerkschaften ungemein wichtigen Entscheidung den Schadenersatzanspruch eines Arbeitswilligen gegen drei organisierte Arbeiter, darunter zwei Vorstandsmitglieder des Brauerer- und Mühlenarbeiterverbandes in Erfurt, als berechtigt anerkannt, weil die Beklagten es verschuldet haben sollen, daß der Kläger Otto Klaus im Jahre 1911 aus der Malzfabrik von Eisenberg in Erfurt entlassen worden ist und bisher in seinem Beruf keine Arbeit gefunden hat. Die Klage gegen den Brauerer- und Mühlenarbeiterverband wurde abgewiesen, weil dieser kein rechtsfähiger Verein sei.

Im Januar 1911 hatten die Arbeiter der Malzfabrik von Eisenberg in Erfurt infolge Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Unter den für die Firma tätigen Arbeitswilligen befand sich auch der Brauer Otto Klaus. Nach Wiederaufnahme der Arbeit entstanden Reibereien zwischen den organisierten Arbeitern und den Arbeitswilligen. Klaus hat hierbei gerade nicht die Rolle eines Unschuldslammes gespielt, denn nach den Aussagen eines Zeugen hat er einmal einem organisierten Arbeiter mit einer Bierflasche in die Kniekehle geschlagen, daß der Mann zusammenbrach. Ein anderer Zeuge befand unter seinem Eid, daß Klaus einen seiner Mitarbeiter Kaufmann und Schmidt in die Brust geschlagen habe. Ferner habe er seinem Haß gegen die organisierten Kollegen mit den Worten: „Die Roten müssen hinaus!“ Luft gemacht. In der oberlandesgerichtlichen Entscheidung wird das Verhalten dieses Arbeitswilligen, besonders das Schlagen mit der Bierflasche, als harmlos bezeichnet, denn das sei eine Ungehörigkeit durch den Kläger von der Art gewesen, wie sie unter Mitarbeitern häufig vorkomme. Dagegen wird der Umstand, daß Klaus eines Tages einen Knüttel fand, woran ein Zettel befestigt war, der die Aufschrift trug: „Mit diesem Knüttel wirst du hinausgehauen“, als ein wichtiger Beweis für den angeblichen Terrorismus der Beklagten angesehen. Diese sollen nun dadurch die Entlassung des Klaus verschuldet haben, daß die Fabrikhaber nach ihren Zeugnisaussagen bestraft haben, es könne zur erneuten Arbeitseinstellung kommen, weil ihnen von dem Malzmeister und einem Obermälzer die Mitteilung gemacht wurde, daß die Leute große Abneigung bekämen, mit Klaus zusammenzuarbeiten. Auch war im Laufe einer Unterhandlung, die die drei Beklagten Ortsverwaltungsmitglieder des Brauerer- und Mühlenarbeiterverbandes mit den Fabrikanten hatten, die Rede auf Klaus gekommen und dabei soll die Bemerkung gefallen sein, wie es mit der Entlassung des Klaus stünde. Ganz abgesehen davon, daß diese Äußerung von den Beklagten bestritten wurde, erscheint es auch recht sonderbar, daß sich Großkapitalisten durch eine nebensächliche Äußerung aus Arbeitermunde so ins Wackelhorn jagen lassen, daß sie sofort dem angeblichen Wunsch auf Entlassung eines Arbeitswilligen entsprechen.

Recht charakteristisch für die Denkungsart des Arbeitswilligen Klaus ist die Begründung seiner Klage. Er verlangt eine einmalige Entschädigung von 1152,64 M. und eine vierteljährlich voranzuzahlende Rente von 488,40 M. jährlich. Der Mann fordert sogar die teilweise Ersetzung des Lohnausfalls während einer Krankheit, denn, so behauptet er in der Klageschrift, nach seiner Entlassung habe er sich wegen seiner körperlichen Leiden in ärztliche Behandlung begeben. Er wurde vom April 19 Tage als erwerbsunfähig krank behandelt. Da er für den Tag 2 M. Krankengeld erhielt, sein früherer Lohn aber mindestens 30 M. betrug, so verlangte er die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn ersetzt. In der Klageschrift heißt es nämlich wörtlich: „Wäre der Kläger in Stellung geblieben, so hätte er nur ärztliche Behandlung angenommen und weitergearbeitet. Da er aber ohne Arbeit war, so machte er von seinem Recht Gebrauch und melbete sich als krank.“ Es gibt Leute, die eine solche Handlungsweise als Simulation bezeichnen. Schon möglich, daß Arbeitswillige auch nach dieser Richtung hin Vorrechte für sich in Anspruch nehmen dürfen.

Das Oberlandesgericht hat den Schadenersatzanspruch des Klaus im Prinzip für berechtigt erklärt. Die Höhe der Summe soll von der ersten Instanz, dem Erfurter Landgericht, festgesetzt werden. In der Begründung des Urteils wird betont, daß sich die Beklagten einen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuschulden kommen ließen, als sie auf die Fabrikbesitzer einen Druck ausübten. Es heißt dann in der Entscheidung weiter: „Mögen auch die Fabrikbesitzer aus Furcht vor Betriebsstörungen dem Drucke zu rasch nachgegeben haben und wäre es auch im Falle der Nichtentlassung nicht zu dem befürchteten Auslande gekommen, so liegt es doch auf der Hand, daß die Entlassung nicht dem freien Willen der Fabrikanten entsprang.“ In der Erörterung darüber, daß Kläger den Streik mitgemacht habe, hätten die Beklagten „in sittenwidriger Weise die freie wirtschaftliche Betätigung des Klägers, sowie der Fabrikanten gehemmt“.

Gewerksame Förderung der gelben Organisationen.

Das Annahmefest der gelben Organisationen will offenbar nicht so schnell vorwärts gehen, wie die Unternehmer und ihre übrigen Macher es wünschen. Man verfährt daher auf neue Tricks, um die für nötig erachtete Zahl von gelben Zwangsmitgliedern zu erhalten. So wird es auch im Betrieb Brunnenstraße, Volkstraße der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft zu Berlin gemacht. Es werden dort jetzt einiger Zeit nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt, die sich verpflichten, Mitglieder des gelben Unterstützungsvereins zu werden und erklären, daß sie in keiner anderen Organisation Mitglied sind. Darauf wurde in einer Versammlung der Arbeiterausschüß beauftragt, sich an die Direktion zu wenden, um eine Aenderung dieser Anordnung herbeizuführen. Diesem erklärte der Direktor Elbes, er wolle eine Mischung der Organisationen vornehmen. Danach sollten neben fortorganisierten Arbeitern auch Mitglieder des Christlich-Sozialen Gewerkschaftsverbandes und der gelben Werkvereine beschäftigt werden. Alle Richtungen sollten ungefähr zu gleichen Teilen vertreten sein. Darum sollten an bestimmten Tagen nur fortorganisierte Arbeiter eingestellt werden, an anderen Tagen dagegen nur Gewerkschaftler oder nur solche, die sich verpflichten, dem gelben Unterstützungsverein beizutreten. Es weiß aber niemand, an welchen Tagen die einzelnen Gruppen eingestellt werden sollen; es ist also auch niemand in der Lage, sich danach zu richten. Aus diesem Grunde haben der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Gewerkschaftsverband der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-D.), der Verband der Kupferindustrie, der Zentralverband der Maschinisten, Seiger und Bergbauingenieur-Deutschlands, der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der Deutsche Transportarbeiter-Verband, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der Zentralverband der Handlungshelferinnen und der Verband der Maler und Lackierer eine gemeinsame Erklärung erlassen, deren Schluß folgendermaßen lautet:

„Die Vertreter der unterzeichneten Organisationen haben in einer Konferenz angefaßt die Situation sich dahin verhandelt, alle in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen davor zu warnen, in der U. G. S., Brunnenstraße, Volkstraße, um Arbeit nachzufragen. Die unterzeichneten Organisationen sind der Auffassung, daß es keinen Arbeitgeber, und damit auch nicht die Direktion der U. G. S., Brunnenstraße, Volkstraße, etwas angeht, ob und wo die Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.“

Da die Direktion der A. G. durch Herrn Direktor Elfe...

Der „Christliche“ Metallarbeiterverband
veröffentlicht in Nr. 15 des Deutschen Metallarbeiter
die Jahresabrechnung für 1912.

Unter dieser recht „christlich“ anmutenden Schirmhülle...

Die Ursachen dieser Erscheinung können natürlich nicht in
besonders abnormen Wirtschaftsverhältnissen gesucht werden...

Daß bei der verjüngten „Widerlegung“ unserer Feststellungen...

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Gewerksverein der Maschinenbauer.

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Zentrums-Metallarbeiterverband.

Das Zentrums-Metallarbeiterblatt wird uns nun — bei seiner
bekanntem Wahrheitsliebe kann es gar nicht anders — gewiß nach...

„Eine blinde Gasse findet bekanntlich auch mal ein Korn. Die
blinde Gasse war in diesem Falle der Tagelohn-Artikelschreiber...

Vom Ausland.

Österreich.

Die Lohnbewegungen in der österreichischen Eisen-,
Metall- und Maschinenindustrie nehmen, soweit man bis jetzt...

Durch diesen neuen Vertrag wird den Spenglern die
wöchentliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt...

In anderen Gewerben sind die Verhandlungen noch im Zuge.
Besonders schwierig gestalten sie sich mit der Gewerkschaft...

Schwierigkeiten machen auch die Vertragsverhandlungen in der
Wiener Metall- und Maschinenindustrie, obwohl für diese...

Die Konzentration der Betriebe macht auch in der
österreichischen Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie rasche
Fortschritte.

Auf Anregung des Wiener Bürgermeisters wurde kürzlich in
Wien eine Handelspolitische Kommission geschaffen...

Schweiz.

Die geplante gelbe Blase. Die schweizerischen Kapitalisten haben
mit ihren gelben Handlangern und Arbeiterführern...

Diese interessante, wenn auch gar nichts Neues offenbarende
Feststellung gilt für Deutschland und das übrige Ausland...

Der so arg enttäuschte Szell-Fröhlich stellt sich sodann selbst
als ein großer Konfusionsrat dar. Er ist Gegner von Marx...

Die Verfassungskommission Szell-Fröhlich nach Abschluß der
langen Generalkonvention im Großen Stadtrat...

Ungarn.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr oft liest man in unseren
Tagen- und Fachzeitschriften, daß Rechenmaschinen-Monteur...

